

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 44.

Freitag, den 21. Februar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

## Amerika und die mexikanische Revolution.

In dem unglücklichen Mexiko ist wieder einmal eine Revolution ausgebrochen. In seiner Hauptstadt fallen seit acht Tagen Flinten und Kanonen, zahlreiche Häuser sind zerstört und 300 Menschen sind getötet, 2500 verwundet und der Präsident Madero ist mit seinen Getreuen gefangen genommen. Und noch ist nicht abzusehen, wann diese Mordbrennerei ihr Ende erreicht. Hier wird die Behauptung, daß die Wiederholungen der Geschichte das eine Mal Trauerspiel, das andere Mal Farce seien, aufs neue bestätigt. Die früheren Erhebungen, von mehr oder weniger ehrlichen Freunden der Volksfreiheit unternommen, richteten sich gegen das Scheusal auf dem Präsidentenstuhl, Porfirio Diaz. Die heutige ist von Diaz' Anhängern und Söldnern gegen das etwas liberale Regime des inzwischen hinter Schloß und Riegel gebrachten Präsidenten Madero angezettelt. Natürlich auch im Namen der Freiheit!

Die Volksmasse steht dieser Revolte mit ziemlicher Gleichgültigkeit gegenüber. Das beweist die geringe Zahl der Kombattanten und die verhältnismäßige Ruhe außerhalb der Hauptstadt. Die geschundenen Proletarier haben Ursache genug, sich von diesen Revolutionären, die jetzt die Hauptstadt beschließen, so fern wie möglich zu halten. Als im Frühjahr 1911 der Sturm gegen das Diazsche Regime anhub, waren weite Schichten des städtischen und ländlichen Proletariats mit Herz und Faust dabei. Madero und seine Gesinnungsgenossen hatten die Befreiung Mexikos und seines Volkes auf die Fahne geschrieben. Seit 35 Jahren hatte das Land unter der Gewaltherrschaft des Schurken Diaz gelitten. Durch Betrug und Brutalität hatte er es fertig gebracht, daß er nach jedem Amtstermine immer wieder „praktisch einstimmig“ zum Präsidenten „gewählt“ worden war. Unter gemeinster Bergewaltigung der Verfassung — auf dem Papier eine der besten — wurden die eingeborenen Jaquis und Mayas, Männer, Frauen und Kinder, an die Plantagenbesitzer für einige hundert Mark verkauft. Weit über 100 000 Eingeborene wurden allein in Merida und Yucatan ihrer Scholle beraubt, um dann auf derselben „nun ihre Schulden abzarbeiten“, mit Peitschen zur Arbeit für die großen Landbesitzer und Ausbeuter getrieben. In ein, zwei, drei Jahren waren die Gesündesten zu Tode geschunden. Ihren Leidenskollegen in der Industrie ging es nicht besser. Die Energischeren unter ihnen flüchteten in die Berge, lebten das traurige Leben der Geächteten, ließen von Zeit zu Zeit die Diazschen Bluthunden Scharmügel. Als dann die Kunde von einer Erhebung zu ihnen drang, stellten sie sich zu den Feinden der Regierung. Den vereinten Anstrengungen gelang es nach ungemein Kampfe, den Diaz zu verjagen. Sein Nachfolger, Madero, wurde von den Hoffnungen der Unterdrückten ins Amt geleitet.

Von dem, was Madero versprochen, hat er wenig oder nichts gehalten. Gewiß hatte seine Politik einen liberalen Einschlag, aber das große Sehnen der unteren Schichten hat er nicht erfüllt. Die Sklaverei und politische Unterdrückung besteht in kaum gemildeter Schärfe weiter. Früher wie jetzt triumphiert das Kapital. Das arbeitende Volk aber klagt und hungert weiter. Die Unterdrückten griffen für ihre Befreiung zum Schwert und erreichten nichts als einen Wechsel ihrer Unterdrücker. Vielleicht ist es ein Unrecht an Madero, zu behaupten, er unterscheide sich von Diaz nur dem Grade, nicht dem Wesen nach. Unter den obwaltenden Umständen mag es vielleicht auch einem Manne von weisheitsreicher Ehrlichkeit und lauterer Freiheitsliebe gegeben sein, des Volkes Sehnen zu erfüllen, weil sich jener Uebermacht beugen muß, die Diaz geflüstert hat: der Macht des amerikanischen Großkapitals. Denn die eigentlichen Besitzer und Beherrscher des Landes und toten Inventars Mexikos sind die paar Finanzpiraten der Wallstreet zu New York. Inwieweit diese an der gegenwärtigen Revolte beteiligt sind, läßt sich dank der strengen Zensur und dank der aus ihrem Eigennutz quellenden Lügenhaftigkeit der kapitalistischen Organe Amerikas nicht bestimmen sagen. Die Nachrichten über den Stand der Dinge in Mexiko sind über amerikanische Telegraphendrähte, deren Träger, alles Leute der New Yorker Wallstreet, haben die größte Interesse, nichts über die Entstehungsgeschichte mexikanischer Revolutionen, das wäre die Darstellung der Proletarier und der Gewissenlosigkeit ihrer Klasse, durchstern zu lassen. Wie jedes Kind weiß, tete die Hochfinanz der Wallstreet bei allen Revolutionen in Zentralamerika und hat sie vor allem auch

bei der jetzigen in Mexiko ihre Hand im Spiel. Wenn das noch ausdrücklich bewiesen werden müßte, so brauchte man nur auf die Führerschaft des gegenwärtigen Aufstandes hinzudeuten. Ihr Haupt ist der Neffe des früheren Präsidenten Diaz, der ehemalige Vizepräsident von Mexiko. Als solcher verrichtete er Dienste für die amerikanische Hochfinanz, wodurch er zu deren Vertrauensmann wurde. Daß er im vollen Einverständnis seines Onkels, wenn nicht auf dessen direkten Befehl, handelt, steht außer allem Zweifel. So wenig auch Präsident Madero während seiner Amtszeit für das arbeitende Volk getan und obgleich er alles vermieden hat, die Privilegien der Wallstreet anzutasten, das Vertrauen des amerikanischen Großkapitals will ihn nicht beglücken. Was die Ursachen dieser Mißgunst sind, läßt sich vorderhand nur ahnen. Immerhin eins weiß man bestimmt, eine Gruppe der großkapitalistischen Organe der Vereinigten Staaten, insonderheit die gelbe Presse, schreit wie besessen nach bewaffneter Intervention. Die Hearst-Blätter beschuldigen sogar die Laßtische Regierung, sie halte die Berichte über die Brutalisierung weißer Amerikanerinnen durch Mexikaner zurück, um die Regierung zu stützen. Damit tut sie den Washingtoner Machthabern sicherlich unrecht. Denn diese würden keinen Augenblick vor einer Intervention zurückschrecken, wenn es die Interessen ihrer Klasse geböten. Denn Laßt hat schon wiederholt, erst als Kriegsminister (1908) und später als Präsident amerikanisches Militär über die Grenze gesandt. In den Grenzstädten, auf amerikanischem Boden, duldet er ein ganzes Heer von Spionen, Judassen und Provokateuren, die notorischerweise im Solde Mexikos stehen. Wiederholt hat er mexikanische Flüchtlinge wieder zurück vor die Flinten der mexikanischen Soldateska treiben lassen. Und als vor einigen Tagen die ersten Zeichen des beginnenden Aufstandes sich zeigten, wurden Kriegsschiffe an die mexikanische Küste gesandt. Diese werden jedoch nur in alleräußerster Not intervenieren, und dann jedenfalls nicht zugunsten der Beendigung des Blutvergießens. Der Wallstreet kann nichts vorteilhafter sein, als wenn sich die wehrfähige Mannschaft Mexikos gegenseitig aufreibt. Je schwächer der vielgeliebte Nachbarstaat, desto günstiger sind die Aussichten des amerikanischen Kapitals.

Das ganze Wirtschaftsleben und die Staatsmaschinerie Mexikos wird von amerikanischem Gelde bewegt. In die 4000 Millionen Mark hat die Wallstreet in mexikanischen Werten angelegt. Seine Mineralvorkommen, Schmelzwerke und Minen besitzt Guggenheim & Co., seine Quellen schöpft der Oeltrust aus, seine Gummifelder, seine Bahnen, seine Banken sind im Besitze amerikanischer Kapitalisten oder werden zum mindesten von diesen kontrolliert. An der Sklaverei in Yucatan's Plantagen ist der amerikanische Seiltrust stark beteiligt, da er nachgerade den ganzen dort produzierten Hanf verarbeitet.

So groß nun auch die Interessen der amerikanischen Hochfinanz in Mexiko sind, eine bewaffnete Intervention muß ihr solange für nicht tunlich, für gefährlich erscheinen, solange nicht unternommen wird, an ihren zahlreichen Privilegien und vielseitigen Rechten zu rütteln. Das ist nun zwar bis jetzt auch noch von niemand gewagt worden. Immerhin, sie mag Grund haben, zu befürchten, daß Madero, wenn seine Stellung gefestigter ist, ihre Profitgier und ihren Expansionstrieb nicht mit der Wärme unterstützt, die sie bei Diaz immer fand. Durch diese Eventualität sieht sie sich bestimmt, der gegen Madero ziehenden Diazlique Herz und offene Hand entgegenzuhalten.

Wie bei früheren Gelegenheiten, so wird auch diesmal wieder die Annexion Mexikos verlangt. Mit dieser Forderung wird die gelbe Presse Amerikas vorläufig kein Glück haben. Dies nicht etwa, weil das Völkerrecht im Wege steht, um völkerrechtliche Bestimmungen, Verfassung, Gesetze und Versprechen haben sich die Hemsärmeldiplomaten in Washington nie geschert. Mit der gleichen Skrupellosigkeit, mit der sie Kuba, die Philippinen und Panama weggenommen haben, würden sie auch Mexiko annektieren, wenn dadurch die Interessen des amerikanischen Kapitalismus gefördert werden würden. Aber das ist eben nicht der Fall.

Der Annektierung Mexikos müßte die Demokratisierung seiner Staatseinrichtungen folgen; den Bürgern, Eingeborenen wie Weißen, müßte das aktive und passive Wahlrecht verliehen und sie zur Verwaltung der Gemeinden und des Staates zugelassen werden. Da kann ein Staat, der sich nicht genug brüsten kann, die Sklaven befreit zu haben, unmöglich in dem natürlich im Namen der Freiheit annektierten Gebiet die Sklaverei weiter bestehen lassen. Er müßte den Menschenhandel verbieten, die unglücklichen Jaquis und Mayas dürften nicht mehr zwecks Steigerung der Dividenden des Seiltrusts gefangen gehalten und zu Tode geschunden und geprügelt werden. Den Sklaven der Textil-

trustherren und Bahnmagnaten müßte das Koalitionsrecht gewährt werden und mit der Massifizierung hungernder Arbeiter würde es seine Schwierigkeiten haben.

Alle diese Nachteile würde die Annexion dem amerikanischen Ausbeutertum bringen. Sie bilden die Garantie, daß die Washingtoner Regierung auch fürderhin proklamiert, sie denke nicht daran, die Souveränität Mexikos anzutasten. Solange Aussicht vorhanden ist, daß sich in Mexiko solch billige und willige Förderer der Privilegien der Wallstreet finden, solange wird sich die amerikanische Regierung zum Beschützer der mexikanischen Unabhängigkeit aufspielen. Da das noch der Fall ist, so wird es vorderhand nicht zur Annexion kommen. Sollte trotz aller Vorsichtsmaßnahmen einmal eine unglückliche ergebene oder zu viel klingende Anerkennung fordernde Klique in Mexiko zur Macht gelangen, dann wird sie nicht zögern, sie durch Anzettelung und Unterstützung eines Revolutionärs zu beseitigen oder gefügig zu machen. Das hat die amerikanische Hochfinanz bis jetzt immer getan, das tut sie in diesen Tagen, das wird sie auch fürderhin tun. Denn es ist immer noch weniger kostspielig und birgt nicht die großen Nachteile, als die Annexion.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Ostmarkenzulage gefallen.

In drei namentlichen Abstimmungen hat der Reichstag mit stets gleichbleibender Mehrheit die Ostmarkenzulagen abgelehnt, die in verschiedener Gestalt und unter verschiedenen Vorwänden in den Etat eingeschmuggelt werden sollten. Die Mühe, die man sich auf der Rechten und bei den Nationalliberalen gemacht hatte, war also, wie vorauszu sehen, umsonst.

Die Spezialdiskussion über den Etat des Reichspostamts wurde daraufhin zu Ende geführt. Eine Reihe einzelner Wünsche wurde noch vorgebracht. Herr Hubrich von den Fortschrittlichen, und mehrere von den verschiedenen Parteien verteilten christlichen Sekretäre beteiligten sich an der Debatte. Genosse Zubeil trat mit großer Energie für die Forderungen der Telegraphenarbeiter ein und versprach dem Staatssekretär, immer wieder ihn öffentlich zu mahnen, bis er etwas mehr Verständnis zeige. Diese Bemerkung reizte den empfindlichen Herrn Kraetke offenbar so sehr, daß er sich die deplacierte Bemerkung erlaubte, seine Arbeiter würden noch lange so gut bezahlt wie die Angefallenen sozialdemokratischer Unternehmer. Diese Ungezogenheit zahlte ihm Genosse Noske gehörig heim und er machte ihn besonders klar darauf aufmerksam, daß die Aufbesserungen, die bisher erfolgt sind, vorzugsweise dem Drängen der Sozialdemokraten zu verdanken sind.

Als Herr Kraetke endlich die Armesünderbank des Bundesrats verlassen durfte, wurde der Etat der Reichsdruckerei ohne Diskussion bewilligt. Beim Etat des Reichseisenbahnamts machte Genosse Hasenpflug sehr sachkundige Ausführungen über die gegenwärtige deutsche Eisenbahnpolitik, deren Zerissenheit er das Programm einer vernünftigen und rationalen Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens gegenüberstellte. Er konnte auch nachweisen, daß gerade die Vorherrschaft territorialer Sonderinteressen vom Reichseisenbahnamt durchaus nicht genügend bekämpft wird, und seine Bemerkungen zum preußisch-hessischen Eisenbahnvertrag waren eine besonders deutliche Illustration des preußischen Partikularismus, wie er in der Verkehrspolitik sich vordrängt. Der letzte Teil seiner Rede war der Betrachtung der höchst ungünstigen Arbeitsverhältnisse im Eisenbahndienst gewidmet, ein Kapitel, in dem gleichfalls das Reichseisenbahnamt sich nützlich erweisen sollte.

Konservative Scharfmacher.

Mit der Feststellung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, daß dem Staatssekretär Dr. Delbrück jede „Legitimierung der Sozialdemokratie“ ferngelegen habe, ist die „konservative Korrespondenz“ nicht zufrieden. Für sie steht es fest, daß aus einzelnen Redewendungen Delbrücks in den Blättern der sozialen und bürgerlichen Demokratie eine mildere Beurteilung der sozialdemokratischen Bewegung gefolgert worden ist.

Das Blatt bekämpft dann scharf den von Delbrück vertretenen Standpunkt, daß man, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen, den Schäden unserer wirtschaftlichen Entwicklung zu Leibe gehen müsse. Nicht zu wenig, sondern zuviel Sozialpolitik sei getrieben worden und dennoch sei es nicht gelungen, den Zulauf zur Sozialdemokratie zu hemmen. Die „konservative Korrespondenz“ führt dann aus, daß es sich zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Sozialdemokratie um eine reine Machtfrage handele und fährt fort:



„Selbst wenn heute alle sozialen Wünsche des macht-  
hungrigen Proletariats erfüllt werden sollten, so würde  
die Sozialdemokratie noch keinen einzigen ihrer Gift-  
zähne verlieren. Die Behauptungen von den verfüh-  
rlichen Reaktionen der Umstürzparteien sind der reine  
Schwindel, darauf berechnet, das Gewissen der verant-  
wortlichen Autoritäten und Politiker einzuschärfen.  
Die Rechte wird nimmer von der Aufklärung des Bür-  
gerums über das revolutionäre Wesen und die allge-  
meingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie  
ablassen. Steht nun die Reichsleitung, wie nach den  
Aussagen Herrn Desbrücs angenommen werden  
muss, grundsätzlich auf einem anderen Boden als die  
Konserverativen, so bedeutet das, daß sie eine Bekämpfung  
der Sozialdemokratie mittels der positiven Machtmittel  
des Staats als unzulässig erachtet.“

Die Konserverativen werden, so wird versichert, un-  
entwegt für die Anwendung der schärfsten Kampf-  
mittel gegen die Sozialdemokratie eintreten, auch wenn  
die Zusammenkunft des Reichstags eine Initiative  
der Regierung aussichtslos erscheinen lasse.

### Das Petroleum-Monopol.

Die Kommission des Reichstags beriet am Donner-  
stag zunächst über einen Antrag v. Schulze-Gävernitz, nach  
dem den Detaillistenverbänden von vorn-  
herein zehn Prozent der Inhaberaktien  
angeboten werden sollen. Das Zentrum war gegen den  
Antrag, weil er durchaus ungeeignet sei, die Interessen  
der Detaillistenverbände zu wahren. — Durch den Redner  
der Sozialdemokratie wurde betont, daß in einer Aktien-  
gesellschaft, in der das Reich tatsächlich die ganze Leitung  
in der Hand hat und die Verantwortung trägt, natürlich  
auch die Detaillisten so wenig wie die Banken und die  
Produzentengesellschaften einen maßgebenden Einfluß aus-  
üben können. Die Detaillisten erhalten eine Vertretung  
im Aufsichtsrat und können eine Vertretung in der  
Generalversammlung sich sichern und damit wohl Einfluß  
auf den Betrieb der Gesellschaft gewinnen. — Der Antrag  
wurde mit der Bestimmung, daß die Aktien der  
Detaillistenverbände nur auf drei Jahre  
gebunden sind, gegen die Stimmen des Zentrums  
angenommen.

Sodann wurde beraten über die Zusammen-  
setzung des Aufsichtsrats. Es lag dazu eine  
ganze Reihe von Anträgen vor. Die sozialdemokratischen  
Mitglieder der Kommission stellten den folgenden Antrag:  
Der Aufsichtsrat soll aus 21 Mitgliedern bestehen. Davon  
sollen fünf Reichstagsmitglieder, zwei Vertreter der De-  
taillistenverbände und zwei Vertreter der Konsumvereine  
sein. Er sollen vom Reichskanzler als Vertreter des  
Reichs ernannt und einer soll als Vertreter des Groß-  
kapitals gewählt werden.

Die Liberalen sind dagegen, daß die fünf Reichstags-  
mitglieder hundertprozentige Mitglieder des Aufsichtsrats  
werden sollen. Sie wollen sie nur als Beiräte mit  
beratender Stimme zulassen. Sie begründen  
ihre Stellungnahme damit, daß sie nicht wollen, daß die  
Reichstagsabgeordneten die gesetzliche Hauptpflicht als Auf-  
sichtsratsmitglieder übernehmen müssen. — Das Zentrum  
hat Anträge gestellt, die eine stärkere Vertretung der  
Detaillisten im Aufsichtsrat vorsehen und Vorränge treffen,  
daß die Bank- und Produktionsgesellschaften trotz der  
Mehrheit des Reichs im Aufsichtsrat nicht einen ent-  
scheidenden Einfluß gewinnen können.

Neben der Frage der Zusammensetzung des Aufsichtsrats  
wurde die Frage diskutiert, ob die Aufsichtsratsmit-  
glieder Lantien bekommen sollen oder nicht. Die  
Sozialdemokraten wollen keine Lantien, sondern nur  
Erlaß der Anklagen gewähren. Die Liberalen sind für  
Gewährung von Lantien, während das Zentrum einen An-  
trag gestellt hat, nach dem dem Reichskanzler oder  
Bundesrat das Recht gewährt werden soll, besondere Ent-  
schädigungen an die Aufsichtsratsmitglieder zu gewähren.  
— Ohne die Diskussion zu Ende zu führen, wurde die  
Sitzung betragt auf Donnerstag der nächsten Woche.

### Fortsetzung

#### der Mittelstandsdebatte im Dreiklassenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag  
die Einzeldebatte des Etats der Handels- und Gewerbe-  
verwaltung beendet, die sich in der Hauptache wieder um  
die Hebung des Mittelstandes drehte. Die reaktionären  
Parteien schickten ihre Renommier-Handwerker vor, und  
die Herren Kaharbt (treikon.), Karow (kon.) und  
Euler (Zentr.) schlugen denn auch die bekannten Mittel  
zur angeblichen Rettung des Mittelstandes vor. Auf der  
einen Seite verlangen sie Maßnahmen gegen die Arbeiter-  
und Beamtenkonsumvereine sowie gegen die Warenhäuser,  
auf der anderen Seite wünschen sie ein scharfes Vorgehen  
gegen die Hausierer, die in den Augen des Herrn Kaharbt  
Spießhaken sind. Was die Mittelstandsretter eigentlich  
wollen, darüber sind sie sich selbst nicht klar; es  
gewinnt den Anschein, als ob die Reden nur  
zum Zweck hinaus gehalten wurden, um die  
Handwerker für die Wahlen einzulangen. — Zwischen durch  
wurde natürlich auch über sozialdemokratischen Terroris-  
mus gewortelt. Hierbei ist sich der fortschrittliche Abg.  
Kohlenow ganz besonders hervor. Zwar erklärte er  
ausdrücklich, daß er gegen jedes Ausnahmegesetz sei, aber  
seine Rede unterließ sich nicht wesentlich von der, die  
auch der Sozialdemokrat v. Kardorff gehalten hat. —  
Von sozialdemokratischer Seite sprach Gen. Borcharbt,  
der sich der Interessen der Arbeiter annahm und nachwies,  
daß die Arbeiter nur einen sehr geringen Vorteil von dem  
indemittelsten Aufschwung gehabt haben. Weiter verteidigte  
Borcharbt die freien Gewerkschaften gegen den Vorwurf  
des Terrorismus und wandte sich gegen die Annahme,  
als ob durch Einführung des zweiten Teils des Gesetzes  
über den Schutz der Bauverordnungen dem Bauhandwerk  
ein Ende gesetzt werden könnte. Er betonte nachdrück-  
lich, daß es vor allem darauf ankomme, der Terrainspe-  
kulation des Handwerks zu legen.

### Finanzkapital und Krieg.

Der Amerikaner A. Morgan spricht, der bis vor  
kurzem Finanzminister in Paris war und dabei Ge-  
legenheit hatte, des Spiel, das die Diplomatie mit dem  
Kriege treibe, aus eigener Anschauung kennen zu lernen,  
daß in einem Krieg von Kapitalisten Bankiers eine Rede,

in der er sich über die Kriegfrage ausließ. Er er-  
klärte: „Der Krieg ist ein ökonomisches Ver-  
brechen. Ein Kriegsherr oder eine Kriegspartei werden  
in der Zukunft als eine verräterische Kalamität betrachtet  
werden. Die fünf Millionen Bewaffneter, die nichts pro-  
duzieren und viel verbrauchen, bilden eine Last für die  
Arbeiter der Welt. Wären wir wirklich zivilisiert, so  
würde dem ein Ende gemacht.“

Wörtlich führte Shuster aus: „Ich mache mir keine  
Illusionen über die baldige Auflösung der Armeen. Die  
Kriegsschulden der Welt können nie bezahlt werden und  
werden niemals bezahlt werden. Ein allgemeiner Krieg  
würde aus Mangel an Geld zu Ende kommen. Wir  
Bankiers sollten keinen Krieg finan-  
zieren. Wir sollten nur dafür Geld hergeben, was  
etwas schafft, nicht dafür, was zerstört.“

Und dann erklärte Shuster, daß er wenig Hoffnung  
auf eine schiedsgerichtliche Lösung der Frage habe.

Der Redner scheint seine Hoffnung darauf zu setzen,  
daß das Finanzkapital sich weigert, die Mittel zur Kriegs-  
führung herzugeben. Der Meinung war ja wohl auch  
Kohlstedt, dem die Bemerkung zugeschrieben wird, er  
könne zwar keinen Krieg erklären, wohl aber den Frieden  
aufrechterhalten. Es wird von diesen Finanzleuten dabei  
nur übersehen, daß ein gut Teil des Finanzkapitals an  
Kriegs- und Marineausgaben interessiert ist, und daß dieser  
Teil stets einen kriegerischen Einfluß ausüben wird.

Die Beendigung der Kriege wird nicht durch das  
Kapital, sondern durch die Arbeiter herbeigeführt werden.

### Jordan v. Kröchers Mandat in Gefahr.

Der „starke Mann“ der Konserverativen, einstige Prä-  
sident des Dreiklassenhauses, wird dem Wallot-Bau den  
Rücken kehren müssen. Die Amtsvorsteher im Wahlkreis  
Salzweber-Garbelegen haben sich zu sehr für ihr ins Zeug  
gelegt und dabei nicht an die Wahrheit des Sages ge-  
dacht: Blindes Eifer schadet nur. Gegen zwei Stimmen  
hatte die Wahlprüfungskommission des Reichstags be-  
schlossen, in der Tatsache, daß eine Anzahl Amtsvorsteher  
einen Wahlaufsatz unter Beifügung ihres Amtstitels unter-  
zeichneten hatten, sei eine amtliche Wahlbeeinflussung zu  
erblicken. Die Folge war, daß die Kommission beschloß,  
in vier Amtsbezirken, auf die sich diese Wahlbeeinflussung  
erstreckt hatte, die konserverativen Stimmen zu kassieren.  
Herr v. Kröcher hatte eine Mehrheit von 312 Stimmen,  
es müssen ihm nun 1047 Stimmen abgezogen werden,  
und damit hat er die Mehrheit verloren. Die ziffer-  
mäßige Feststellung dieses Resultats findet am Mittwoch  
statt.

### Das neue Kaisererschiff.

Bei der Weiterberatung des Marineetats in der  
Budgetkommission des Reichstags wandelten sich unsere  
Genossen lebhaft gegen die Forderung von zehn Millio-  
nen für ein neues Kaisererschiff an Stelle der „Hohen-  
zollern“. Die Genossen Noske und Ledebour be-  
tonten, daß der Kaiser aus eigenen Mitteln sich ein  
Schiff bauen lassen soll, wenn er ein solches haben will.  
Die Indiensthaltung schon der jetzigen „Hohenzollern“  
erfordert jährlich beinahe 400 000 Mark; beim neuen  
Schiff wird sich die Summe erhöhen. Wer Sparjamkeit  
üben will, habe jetzt eine günstige Gelegenheit. —  
Staatssekretär v. Tirpitz vertrat die Forderung mit  
dem Hinweis, der Kaiser brauche ein Schiff bei der  
Leitung großer Seemannöver und Paraden. — Gen.  
Ledebour bezweifelte demgegenüber, daß der Kaiser  
eine solche seemannische Ausbildung erfahren habe, die  
ihn befähige, Seemannöver zu leiten. Der Kaiser sei  
doch wohl nur Amateur-Seemann. — Abg. Graf  
Westarp glaubte entrüstet Verwahrung gegen die  
Aussagen Ledebours einlegen zu müssen, die eine  
unzulässige Hereinziehung der Person des Kaisers in die  
Debatte bedeuteten. Für die neue Kaiserjacht stimmten  
sämtliche bürgerliche Parteien.

### Österreich-Ungarn.

Vom Panamischen Lakaz. Die Weigerung des  
ungarischen Ministerpräsidenten, die drei früheren Minister,  
die so schwere Anklagen gegen ihn erhoben haben, vor  
Gericht zu ziehen, um so die Möglichkeit einer gerichtlichen  
Nachprüfung der Anschuldigungen zu geben, hat alle Kreise  
in Ungarn förmlich in Aufruhr versetzt. Es gibt jetzt nur  
eine Stimme: Lakaz muß schuldig sein, sonst würde er  
sich nicht auf diese feige Weise um den gerichtlichen Aus-  
trag der Sache herumdrücken. Auch an den oberen Re-  
gierungsstellen haben anscheinend die Ausflüchte Lakaz'  
stark verärgert. Es wird erzählt, daß seine Lage als  
Ministerpräsident gezählt seien. — Wäre das richtig, dann  
würde der Zweck, den die Angriffe auf Lakaz hatten, er-  
reicht sein, auch ohne gerichtliches Urteil. Daß die Masse  
nie an der Richtigkeit der Beschuldigungen gezweifelt hat,  
stand überdies schon lange fest.

### Frankreich.

Delcassé ist zum Botschafter in St. Petersburg er-  
nannt worden, nachdem er auf den Posten des Marine-  
ministers verzichtet hatte. Hoffentlich eignet er sich hier  
nicht russische Manieren an.

Die französische Presse und die deutschen Rüstungen.  
Wenn die deutsche Regierung mit der Ankündigung der  
gewaltigen Vergrößerung des Mannschaffsbestandes der  
deutschen Landarme den Rüstungspolitikern in Frank-  
reich das Handwerk erleichtern wollte, so muß man  
sagen, daß es ihr vollauf gelungen ist. Selbst radikale  
Blätter, die sonst in sehr entschiedener Weise sich gegen  
Rüstungen in Frankreich gewehrt haben, betonen  
jetzt, daß es angesichts der überraschenden Rüstungs-  
pläne in Deutschland im Interesse der nationalen Un-  
abhängigkeit Frankreichs unbedingt notwendig sei, eben-  
falls alles zu tun, um die französische Armee auf gleichen  
Fuß mit der deutschen zu bringen. Das führende groß-  
kapitalistische Organ, der „Temps“ hat den Vorschlag  
gemacht, für alle Waffengattungen die dreijährige  
Dienstzeit wieder einzuführen; und Blätter, die sich bis-  
her sogar gegen die dreijährige Dienstzeit bei der Ka-  
vallerie und Artillerie ausgesprochen hatten, erklären,  
daß der Vorschlag ernstlich erwogen werden müsse. Für  
Frankreich brauche eine der kritischsten Perioden einer  
ganzen Geschichte an, so lautet der Grundton aller Be-  
trachtungen. Die Sozialisten Frankreichs werden natür-

lich ihr möglichstes tun, um diese durch die deutsche  
Rüstungspolitik provozierte nationalistische Strömung  
einzudämmen; aber man muß gestehen, daß es ihnen  
diesmal nicht leicht gemacht wird. Die Chauvinisten  
rechnen aus, daß die deutsche Armee eine 45 Prozent des  
französischen Mannschaffsbestandes betragende Ver-  
größerung erfahren soll, und da wird es ihnen leicht,  
auch in den Köpfen ruhiger, besonnener und nichts weni-  
ger als kriegerischer Bürger die Empfindung wachzu-  
rufen, daß es sich für Frankreich nicht um frivole Rüstun-  
gen dreht, sondern um eine Abwehr, die ihm von  
Deutschland aufgedrängt werde, wenn es seine Stellung  
im Konzert der Weltmächte nicht aufgeben will. Darin  
besteht vorläufig das Hauptresultat der Reden des deut-  
schen Kaisers, des Reichskanzlers und der über die kom-  
menden Militärverlegenheiten bekannt gewordenen Einzel-  
heiten: Deutschland steht wieder einmal als Antreiber  
des internationalen Weltkriegs da. Das deutsche Pro-  
letariat hat mehr als je Grund, die Politik „seiner“  
Regierung zu bekämpfen.

### Balkan.

Zu Krieg ist eine kleine Pause eingetreten. Es  
herrscht ein starker Schneefall, der die Bewegungen der  
Armeen vorläufig lahmgelegt hat. Die Meldung von der  
Landung türkischer Truppen bei Scharkai erscheint jetzt  
in einem anderen Lichte. Sie ist bereits vor acht Tagen er-  
folgt. Inzwischen aber haben die türkischen Truppen sich  
schon wieder zurückgezogen, nach Angabe der Türken frei-  
willig, nach bulgarischer Meldung gezwungen.

Wie das Kernerische Bureau erfährt, erschien gestern  
nachmittag der montenegrinische Gesandte Popowitsch im  
Auswärtigen Amt und gab die Erklärung ab, daß er, um  
die Haltung der montenegrinischen Re-  
gierung vollständig klar zu machen, angewiesen wäre,  
die Situation, wie sie jetzt sei, darzulegen. Montenegro  
habe bei den Angriffen auf Skutari bereits  
viel verloren. Der Besitz Skutaris stelle für Montenegro  
den hauptsächlichsten Grund zum Kriege  
dar. In kurzer Zeit würden Montenegros Bemühungen  
von Erfolg gekrönt und würde die Stadt genommen sein. (?)  
Unter diesen Umständen sei er angewiesen, der britischen  
Regierung kategorisch zu erklären, daß Montenegro  
auf keinen Fall mit einer Transaktion  
einverstanden sein könne, die das Ziel hätte, daß  
Skutari nicht montenegrinisch werde, selbst  
wenn der Vorschlag von einer Großmacht kommen sollte.  
Montenegro sei entschlossen, niemals Skutari zu räumen.  
Wenn es angegriffen werde, so sei es entschlossen, eher  
Gefahr zu laufen, vernichtet zu werden, als die Stadt auf-  
zugeben. (?)

Die Verhandlungen zwischen Bulgarien und Rumänien  
sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Wie verlautet,  
wollen beide Staaten die ihnen angebotene Vermittelung  
der Mächte annehmen.

### Amerika.

Die Wirren in Mexiko. Der Kongreß hat gestern  
in einer besonderen Sitzung Huerta zum provisori-  
schen Präsidenten der neuen Regierung erwählt. Auch  
Huerta steht bereits Anschlägen gegenüber, er ließ den  
General Francisco Romero verhaften, der beschuldigt  
wird, an der Verschwörung beteiligt gewesen zu sein.  
Mittwoch gab es drei mexikanische Präsi-  
denten: Madero, Lascurain und Huerta. Bis der  
Kongreß die Demission Maderos annahm, blieb Ma-  
dero rechtmäßiger Präsident. Dann trat Lascurain pro-  
visorisch an seine Stelle, da das Gesetz fordert, daß der  
neue Präsident Kabinettsmitglied ist. Lascurain er-  
nannte Huerta zum Minister des Innern. 26 Minuten  
später trat Lascurain zurück. Der Kongreß ernannte  
darauf Huerta zum Präsidenten. Ob die Verban-  
nung Maderos durchgeführt wird, steht jetzt noch nicht fest.  
Die Regierung wird ihn als verantwortlich für den  
Tod des Obersten Riverole ansehen, der im Augenblick  
der Verhaftung Maderos getötet wurde. Huerta  
veröffentlicht eine Erklärung, daß vor dem Staatsstreich  
zwei Attentate auf ihn verübt worden seien, die er Ma-  
dero zuschreibt. Im ersten Falle habe einer der De-  
monstranten ihn im Palaste töten wollen. Der zweite  
Fall war bei einem Bankett, bei dem Gustavo Madero  
verhaftet wurde. Man hat Huerta unaufhörlich Wein  
zu trinken, den er aber zurückwies. Die chemische Unter-  
suchung des Weines ergab, daß er mit Cyankali ver-  
giftet war.

Madero ist als Gefangener nach dem jetzt von Diaz  
Truppen besetzten Nationalpalast gebracht worden.  
Sein Bruder Gustavo wurde in Rebel-  
lenlager auf Befehl Diaz' standrechtlich  
erschossen. General Huerta und Diaz unterzeich-  
neten in der amerikanischen Botschaft ein Abkommens-  
vernehmen, wonach Huerta bis zur Erwählung eines Nach-  
folgers für den Expräsidenten Madero als provisorischer  
Generalgouverneur proklamiert wird und Diaz den  
Oberbefehl über die Armee übernimmt. Die Rebellen  
und die Bundestruppen fraternisieren miteinander. An-  
geblich soll die Ruhe wieder hergestellt sein.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 21. Februar.

Gautag für den Gau Schleswig-Holstein-Lübeck des Deut-  
schen Arbeiter-Sängerbundes am Sonntag, dem 16. Februar,  
im „Gewerkschaftshaus“ zu Kiel. Anschließend an das am  
Sonntagabend im „Gewerkschaftshaus“ vom Chorverein  
in Kiel veranstaltete große öffentliche Konzert mit dem  
Orchester des Vereins Kieler Musikfreunde und namhafter  
Kräfte vom Kieler Stadttheater als Mitwirkende fand am  
Sonntag der Gautag für den Gau Schleswig-Holstein-Lübeck  
des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes im Lichtsaal des „Ge-  
werkschaftshaus“ statt. Anwesend waren 53 Delegierte von  
41 Vereinen, darunter der Gau Hamburg mit zwei Vertretern,  
ferner fünf Bezirksvorstände, fünf Mitglieder des Gauvor-  
standes, ein Mitglied der Kontrollkommission; 13 Vereine des  
Gaus sind nicht vertreten. Zugelassen waren ferner Vertreter  
der Gesangsvereine der Maler und der Buchdrucker Kiels, die  
nach dem Jahresbericht vom Gauverband schon ausgeschlossen  
waren. Die Berechtigung des Ausschlusses durch den Vorstand  
wurde bestritten. Der Gautag stellte fest, daß nach dem Gau-  
statut nur er das endgültige Recht des Ausschlusses besitze.  
Nach dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht bestand der  
Gau vor Jahresfrist aus 64 Vereinen mit 2008 aktiven Mit-



steden, bei der Drucklegung des Berichts aus 59 Vereinen mit 2281 Mitgliedern. Der Entwicklungsgang wurde als zufriedenstellend bezeichnet. Die Verschmelzungsfrage ist in den in Frage kommenden Orten zum Teil gelungen. Die Stärke der Männerchöre variiert zwischen 18 und 130, die der Frauenchöre zwischen 20 und 190 Mitgliedern. Einnahme und Ausgabe der Gaukasse bilanzieren mit 1405,14 Mk. Beschlüsse wurden, die in Kiel schwebende Verschmelzungsfrage der Gesangsvereine der Maler, Buchdrucker und Metallarbeiter beim Geschäftsbericht mit zu behandeln. Hierdurch wurde eine mehrstündige Debatte herbeigeführt, die noch nach der Mittagspause andauerte und bis gegen Abend währte. Beschlüsse wurden schließlich mit großer Majorität, den genannten drei Vereinen eine Bedenkzeit bis zum 1. Juli zu geben. Wenn sie sich bis dahin nicht für die Verschmelzung erklären, gelten sie als ausgeschlossen. Zu diesem Punkte wurde unter anderem noch folgender Antrag beschlossen: Die dem Gau angehörenden Vereine haben von allen festlichen und feierlichen Veranstaltungen ein Programm an den Gauvorstand einzubringen. Der Gauvorstand hat in Verbindung mit den Gauabteilungen eine Ausstellung dieser Druckfachen zu veranstalten. Der Gauabteilung beschloß ferner, den Gaubeitrag für männliche Mitglieder auf 60 Pfg., den für weibliche Mitglieder auf 30 Pfg. pro Jahr zu erhöhen. Der nächste Gauabtag soll in Flensburg abgehalten werden. Für das 1915 geplante Gaujubiläum wurde Lübeck mit 38 Stimmen in Aussicht genommen, 18 Stimmen erklärten sich für Flensburg, acht weiße Zettel wurden abgegeben. Es folgen geschäftliche Angelegenheiten von weniger allgemeiner Bedeutung. Der Sitz des Gaus bleibt in Neumünster, ebenso wurde der bisher fungierende Gauvorstand wiedergewählt. Sodann gelangte noch der folgende Antrag zur Annahme: „Der Gauabtag beauftragt den Bundesvorstand, mit der Genossenschaft deutscher Tonseher, Sitz Berlin, in Verbindung zu treten, um das Ausführungsrecht derjenigen Werke zu erwerben, für die die genannte Genossenschaft sich das Ausführungsrecht vorbehalten hat.“ Nach einem warm empfundenen Schlusswort des Vorsitzenden und dem Gesang von Uthmanns „Empor zum Licht“ erfolgte Schluss der Verhandlungen.

**b. Schöffengericht am 20. Februar.** Der erste Schritt in die Fremde brachte den 18-jährigen Eisenarbeiter 3. aus Glashaus gleich auf Abwege. Der jung-Mann hatte sich mit seinen Eltern überworfen und suchte sich als erstes Reiseziel die schöne Stadt Lübeck aus. Nach einigen vergeblichen Anläufen land er in einer Maschinenfabrik Stellung. Da seine Barmittel schon bei seiner Ankunft in bedenklichem Mangel standen, suchte sich 3. einen Wirt aus, der ihm über die erste Zeit hinaus half. Er gab vor, auf ein Jahr festangestellt zu sein. Schon nach 6 Tagen hörte er wieder auf, ging aber, um den Gastwirt zu täuschen, des Morgens regelmäßig fort und kehrte zu den Tischgästen wieder. Auf einmal war er nach Hinterlassung von 22 Mark Schulden verschwunden. Wieder die Verwendung der verdienten 20 Mark verweigert 3. die Aussage. Einige Tage später kehrte der jugendliche Angeklagte, nachdem er zwei Tage sozusagen von der Luft gelebt hatte, bei einem anderen Wirt ein, gab sich als Monneur aus, der für einen Großkaufmann Maschinen zu reparieren habe, aber auf den Ingenieur aus Kopenhagen warten müsse. Der Angeklagte bekam Wein, Getränke und Logis, das am anderen Morgen auf die Anzeige des Wirtes hin nach dem Markt verlegt wurde. Wegen zweier Betrugsfälle wird der Heimatsüberdrüssige zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt, 4 Tage werden von 20 Tagen Unternehmungshaft abgerechnet. Der zweite Fall wurde als Notzettel betrachten und besonders gering bewertet. Der Angeklagte nahm das Urteil nicht an. — Ein ruppiger Geselle aus Ostpreußen mußte verschiedene Male aus der Volkshaus hinausbegleitet werden, da er erstens nichts mehr zu suchen hatte und sich zweitens nicht so benahm wie es sich gehörte. Als ihn der Hausmeister zum drittenmal am Arm fassen und den Weg weisen wollte, bekam dieser mehrere Messerschläge von dem Angeklagten, die ihm Haar ganz schwere Folgen hätten haben können. Sie waren so schon derart, daß der Hausmeister drei Wochen lang krank lag und heute noch arbeitsunfähig ist. Die eine Wunde ging hart an der Oberarmgegend vorüber, während die andere den Unterarm traf. Die Unterhosen wiesen 6 Stiche auf. Wegen gefährlicher Körperverletzung und Hausfriedensbruch wurde der Angeklagte N. nach dem Staatsanwaltsantrag zu 1 Jahr und 2 Wochen Gefängnis verurteilt. N. hat verschiedene Vorstrafen wegen Körperverletzung. — Ist denn Armut in Lübeck verbreitet? Ein 62 Jahre alter fröhlicher Dienstmann aus Moorgarten hat sich dreimal obdachlos gemeldet, da wurde ihm die polizeiliche Auflage gemacht sich innerhalb dreier Tage Arbeit und Unterkunft zu beschaffen. Für einen ausgemergelten Mann schneller gesagt als getan. Zwar lief er nach Herrsburg und Balling, wo er früher gearbeitet hatte, aber vergebens. Im Arbeitshaus soll er sich nicht gemeldet haben. Da St. dem polizeilichen Befehl nicht nachkam, erhält er 8 Tage Gefängnis. — Flott leben ist keine Kunst, schwieriger wirds schon, wenn es ans Bezahlen geht. Ein junger finnländischer Kaufmann B. lehrte eines Nachts in einem bekannten Restaurant ein, lud den Zeitungskolporteur zu einem Glas Bier ein und verzehrte mit ihm auch noch Weißbrot. Dann schlürften sie zwei halbe Flaschen Schwedenpunsch und verschiedene Kaffee. Die Auflage wurde wiederholt, als sich ein dritter hinzusetzte. Aber bezahlen konnte der flotte Zecher nicht, er hatte keinen roten Heller in der Tasche. Der Angeklagte küßt sich auf keinen wohlhabenden Vater, der ihm noch stets geholfen habe. Wegen Betrugs wurden heute gegen ihn 30 Mark Geldstrafe beantragt. Die Verhandlung wurde abgebrochen, es sollen weitere Belegen geladen werden.

**b. Strafkammer am 21. Februar.** Der Konsumverein für Lübeck und Umgebung auf der Anlagebank. Am 26. November hatte das Schöffengericht den Geschäftsführer Henze von der Anlage wegen Übertretung der Gewerbeordnung freigesprochen. Da es nicht nach dem Willen des Staatsanwalts ging, der die Strafe von drei Mark aufrechterhalten wollte, legte er gegen das richterliche Erkenntnis Berufung ein mit der Begründung, daß der Konsumverein durch Verwendung eines kleinen Teils des Überschusses für Bauzwecke, durch Zuzugung an den Turnhallenbauverein, die Waldschule, Ferienkolonie, aus dem Rahmen eines eigentlichen Konsumvereins herausgeraten sei und dadurch den Verkauf von Drogenartikeln, wie Kamillentee, Fencheltee und Sonnenbraten, polizeilich anhalten müsse. Es gab wieder, wie in erster Instanz, ein Frage- und Antwortspiel, das nicht ohne Interesse ist, wenn man erkennt daraus, daß auch gelehrte Herren im unklaren über Ziel und Zweck eines Konsumvereins sein können. Es dreht sich also nicht allein darum, ob der Geschäftsführer Henze nicht gemutet hat, daß der Drogen anmelde, diese Unkenntnis würde vor strafbar nicht schützen, auch nicht darum, ob die beantragten Artikel wirklich Drogen sind, sondern: Ist der Konsumverein ein solcher oder ist er es nicht. Nach den verschiedenen Fragen über die Verwendungszwecke der Erträge stellte der Staatsanwalt Dr. Deimler folgende Fragen: Der Konsumverein ist doch von der sozialdemokratischen Partei gegründet? So habe ich's bis jetzt aufgefaßt. Tatsächlich sind es Mitglieder der sozialdemokratischen Partei? — Henze: Nein, wir nehmen jeden auf, der sich meldet. — Präsident: Wir sprechen nicht davon, wer zugehört. — Henze: Ist es nicht tatsächlich mit der Mitgliedschaft so? Es

wäre mit sich, wenn es nicht der Fall ist und ich mich im Irrtum befände. — Verteidiger Dr. Schorer: Es sind meistens Arbeiter und sie werden wohl in der Hauptsache Sozialdemokraten sein, es sind aber auch andere darunter. — Präsident: Handelt es sich beim Turnhallenbauverein nicht um sozialdemokratische Arbeiter? Wie stehts mit der Arbeiterbildungsschule? — Henze: Das hängt alles mit den Interessen der meisten Mitglieder zusammen, abgesehen davon sind die Zuzugungen im Verhältnis zum Ganzen nur klein. — Der Staatsanwalt wünscht aus tatsächlichen Gründen, die hier gegen einen echten Konsumverein sprechen, die Aufhebung des Freispruchs. — Der Verteidiger erwiderte hierauf, daß er dem Angeklagten auf Anfrage natürlich sofort beistimmen würde, daß es sich um einen reinen Konsumverein handle, und demzufolge die Drogenartikel keiner polizeilichen Anmeldung bedürften. Das Schöffengericht habe den Schluss vollkommen richtig gezogen, es sei kein Gewerbebetrieb, die Gelder kämen den Mitgliedern wieder zugute. Die Zuzugung für gemeinnützige Zwecke geschähe an Anstalten, die gerade den Kreisen der Mitglieder nahe ständen. Sie brauchten nicht bewilligt zu werden, es geschähe auch nur, wenn Geld da sei. Da es sich hier nicht im geringsten um einen Gewerbebetrieb handle, die erste Instanz einen Freispruch gefällt habe und die ganze Sache sich um eine Rechtsfrage drehe, bitte er nicht nur den Angeklagten freizusprechen, sondern auch die Kosten zweiter Instanz einschließlich der Verteidigung der Staatskasse aufzulegen. Diesem Antrage entsprach das Gericht. Es hielt die Angaben des Konsumvereinsleiters für vollkommen glaubwürdig, aus den Statuten und Geschäftsberichten gehe auch klar hervor, daß er ein reiner Konsumverein sei und infolgedessen eine Schuld nicht vorliege. Da nun die Mitglieder des Konsumvereins bei Gründung des genossenschaftlichen Unternehmens wohl wußten, zu welchem Zweck sie sich vereinigten, und zwei Gerichtsinstanzen bekräftigten, daß die Genossenschaftler ihre Sache richtig angefaßt und ausgeführt haben, werden sich nun die Gegner mit der Tatsache abfinden müssen, daß der Konsumverein ein reiner Konsumverein ist.

**Mit dem Dampfer „Therese Horn“,** den wir gestern als verschollen meheten, hat auch die Belagerung ihr Grab in den Wellen des Ozeans gefunden. Die Liste der braven Seeleute, welche sich auf dem Schiff befanden, lautet: Kapitän Heinrich Hübisch aus Kiel-Haffsee, Steuermann August Klunker aus Steinfeld, Steuermann Johs. Gebhard aus Altona, 1. Maschinist H. Hinrichs aus Lübeck, 2. Maschinist C. Webers aus Lübeck, 3. Maschinist H. Fischer aus Eutin, Koch Gustav Buttius aus Busjargen, Steward Paul Meyer aus Chemnitz, Meh-Steward Anton Lorenz aus Mosbach (Oberpfalz), Matrose Erwin Kleinmann aus Eichen, Matrose Ernst Frank aus Kiel-Gaarden, Matrose Walter Hufe aus Stettin, Matrose H. Hegel, Leichtmatrose Max Kiebusch aus Freest (Kreis Greifswald), Leichtmatrose Heinrich Bahr aus Heiligenshafen i. H., Leichtmatrose Fritz Steinhardt aus Königsberg in Pr., Heizer Gustav Pulver aus Ernstburg, Heizer August Schramm aus Hamburg, Heizer Heinrich Büch aus Borgwedel bei Schleswig, Heizer H. Prosch, Trimmer Friedrich Prager aus Chemnitz, Trimmer Josef Ginter aus Brerau (Oesterreich), Trimmer Karl Neumann aus Liebenwalde (Kr. Neu-Bornim).

**Bevölkerungsbewegung im Lübeckischen Staate während des Monats Januar 1913.** Die Zahl der Heiratsverträge betrug 61 (1912: 39), die der Lebensgeburten 233 (244) und die der Sterbefälle 175 (170). Der Geburtenüberschuss belief sich demgemäß auf 63 (74). Uneheliche Geburten kamen 41 (32) mal vor. Totgeburten wurden 10 (10) mal registriert.

**Saniatheater.** Man schreibt uns: „Rund um die Mitter“ mit den Gebr. Wolf in den Hauptrollen, wird des großen Andrangs wegen, noch bis zum 28. d. M. gegeben. Wer noch Gelegenheit nehmen will, diesen großen Schlager zu sehen, veräume nicht, sich für die letzten Tage noch rechtzeitig mit Karten zu versehen. Zu allen Vorstellungen sind schon jetzt Karten im Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt, zu haben. Am Sonntag nachmittag findet keine Vorstellung statt.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Für die letzten Tage der Woche gibt der Spielplan außer einer ersten Wiederholung der am vergangenen Sonntag mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Posse „Bum mel st u den ten“, die heute stattfindet, am Sonnabend eine letzte Aufführung von Niensls gehaltvollem musikalischen Drama „Der Evangelin an n“. Für Sonntag sind zwei Opern vorgesehen: „La Traviata“ am Nachmittag zu kleinen Preisen mit Fräulein Martha Weber vom Kieler Stadttheater (die von ihrem früheren Wirken an unsere Bühne noch in guter Erinnerung ist) in der Violetta Partie als Gast — und am Abend „Fra Diavolo“ von Huber als Neuenstudierende.

**Schlutup.** Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet morgen — Sonnabend — von 5 bis 7 1/2 Uhr nachmittags in Lokale des Herrn Saborowski, „Gasthof zur Linde“ statt.

**Schwartau.** Eine öffentliche Frauenversammlung findet am Sonntag, dem 2. März, im Gasthof Transvaal statt. Der Zweck dieser Versammlung ist, dafür einzutreten, daß auch die Frauen das Wahlrecht zu allen Wahlen erhalten. Darum muß jetzt schon jede Genossin und jeder Genosse agitieren, daß die Versammlung bis auf den letzten Nagel gefüllt wird. Und sollte es sein, daß die Frau nicht fortkommen kann, weil sie kleine Kinder hat, dann sollte der Mann sich der Aufgabe unterziehen und sich für diesen Abend der Kinder annehmen. Gerade die Frau spielt heute im wirtschaftlichen Leben eine wichtige Rolle: sie hat sehr unter der herrschenden Steuer zu leiden und muß deshalb auch ein wichtiges Wort mitzureden haben. Sie bedarf aber dazu der Aufklärung, und diese Aufklärung soll sie sich in dieser Versammlung verschaffen. Darum Genossinnen, erscheint in Massen in der Versammlung und bringt auch eure Mitbewerberinnen mit. Nutzt die kurze Spanne Zeit aus und agitiert dafür, daß diese Versammlung sich zu einem wichtigen Protest gestaltet. Aber auch die Genossen müssen in der Versammlung in Massen erscheinen. Als Referentin erscheint die Genossin Steinbach-Hamburg, die als Thema „Die Frauen fordern ihre Gleichberechtigung“ auf die Tagesordnung gesetzt hat.

**Ratskan.** Aktion, Parteigenossen! Am Sonntag, dem 23. Februar, nachmittags 4 Uhr finden in Bändorf im Hause des Herrn Meyrau und abends 7 Uhr im Lokale der Ww. Kopp in Ratskau öffentliche Volksversammlungen statt. Frau Dr. Schlomer-Lübeck wird referieren über „Die Frau im politischen Kampfe“. Darum Parteigenossen und Genossinnen, sorgt für einen guten Versammlungsbefuch.

**Hamburg.** Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnzügen ereignete sich Donnerstag morgen bei der Straßenbahnkreuzung Jungiusstraße-Ringstraße. Ein aus der Jungiusstraße kommender Straßenbahnzug der Linie 10 fuhr auf den Anhängewagen eines vom Holtenplatz kommenden Straßenbahnzuges der Linie 8 auf. Durch den Anprall wurde der

Anhängewagen aus den Schienen gehoben und am Hinterrad so schwer beschädigt, daß er außer Betrieb gesetzt werden mußte. Der Schaffner sowie drei Fahrgäste, die auf dem völlig zertrümmerten Hinterrad standen, wurden teils eingeklemmt, zum Teil auch auf Straßenpflaster geschleudert und erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen. Ein hinzugerufener Arzt sowie die Sanitätsmannschaft des dritten Feuerwehrguges leisteten den Verletzten, von denen der Schaffner am schlimmsten davon gekommen ist, die erste Hilfe. Alle vier verletzten Personen wurden dann ins Hafentrankehaus transportiert. Die drei verletzten Fahrgäste konnten noch im Laufe des Nachmittags wieder entlassen werden, der am Kopf erheblich verletzte Schaffner mußte jedoch im Krankenhaus verbleiben. Die Feuerwehrleute schafften dann den undurchsichtbar gewordenen Anhängewagen zur Seite, um den erheblich gestörten Straßenbahnbetrieb wieder herzustellen. — Der Bramfelder Nord besichtigt nach wie vor die Kriminalpolizei. Nachdem man kürzlich bei dem Alsterdamm einen männlichen Oberschmelzer aus der Alster gezogen hatte, wurde am Mittwoch wieder ein Oberschmelzer von einem männlichen Körper bei der Rabenstraße aus der Alster gefischt. Bei diesem Oberschmelzer zeigt sich die kunstgerechte Abtrennung des Gliedes vom Rumpfe sehr deutlich, so daß kein Zweifel besteht, daß dieser Leichenteil zu dem Leichenteil im Bramfelder See gefundenen kopflosen Rumpf gehört. Dieser neue Leichenteil hat die Kriminalpolizei veranlaßt, eine ganz neue Spur zur Ermittlung des noch immer nicht entdeuten Mörders einzuschlagen.

**Hamburg.** Millionenkonturs in Hamburg. Die Kaffeegroßhandlung Josef Danon befindet sich in Zahlungsschwierigkeiten. Auf dem Kaffeemarkt fand gestern Zwangsversteigerung statt, was den Markt erheblich abschwächte. Die Verbindlichkeiten der Firma, die auch in Zucker und Terrains engagiert ist, sollen, wie verlautet, 2 bis 2 1/2 Millionen Mark betragen.

**Kiel.** Australisches Geirierfleisch. Der Magistrat hat auf Vorschlag der Feuerungskommission von einer Hamburger Firma eine Probefundung gestorener junger australischer Hammel gekauft, die von Donnerstag dieser Woche ab durch Vermittlung des Kieler Schlachthausamts von einer Reihe Schlachtmesser verkauft werden. In der Qualität soll auch nach den guten Erfahrungen, die andere Städte gemacht haben, das Geirierfleisch dem einheimischen Fleisch nicht nachstehen, im Preise ist es dagegen erheblich billiger als das einheimische Fleisch. Die Preise betragen für Keule und Rücken 90 Pf., für Vorderquartelfleisch 70 Pf. pro Pfund. Es handelt sich jetzt nur um einen Versuch. Doch steht zu erwarten, daß, falls dieser Versuch gut ausfallen wird, der Verkauf wiederholt werden wird. — Zum Brandunglück in der Mühlenstraße ist zu melden, daß das kleinste Kind der Familie Sergag aelterm abends seinen qualvollen Leiden erlegen ist. Das Befinden der beiden anderen Geschwister war abends sehr ernst.

**Neumünster.** Ein Raub der Flammen wurde die bei Bornhöved belegene Gastwirtschaft „Zur Tenzelbergau“, die dem Restaurateur Rehbe gehörte. Das Feuer war in dem Augenblick zum Ausbruch gekommen, als die letzten Gäste eines Tanzergnügens das Haus verlassen hatten.

**Schwerin.** Zur Verfassungsfrage. Die maßgebenden Schweriner Regierungsstellen haben der Ritterschaft nachgegeben. Seit einiger Zeit haben private Verhandlungen zwischen Mitgliedern der Ritterschaft und dem Schweriner Ministerium geschwebt. Es wird dem außerordentlichen Landtage eine Vorlage gemacht werden, deren Inhalt die Bürgermeister zur Ablehnung zwingen muß. Dann beabsichtigt man diese neue Verfassungsvorlage unter Beihilfe der Ritterschaft zu oktroyieren. — Eine „Verfassung“, die unter ritterschaftlicher Mitwirkung oktroyiert wird, dürfte sicherlich nur die Karikatur einer wirklichen Volksvertretung bringen. Dafür dankt jedoch die werftätige Bevölkerung Mecklenburgs.

**Bremen.** Die Bürgerschaft hat am Mittwoch über kirchliche Angelegenheiten verhandelt. Anlässlich der Pastorenwahl in der Landgemeinde Seehausen, bei der sich die Liberalen und orthodoxen Pastoren in die Haare gerieten, haben die Fortschrittler einen Antrag eingebracht, in dem sie eine Revision des Wahlrechts bei der Pastorenwahl wünschten. Der Senat hat diesen Wunsch für die Zukunft in Aussicht gestellt, alle weiteren Wünsche aber mit der Begründung abgelehnt, daß nach § 57d der Verfassung ihm allein die Ausübung der Rechte des Staates in kirchlichen Angelegenheiten zustehe. Die Liberalen schwangen sich zu der ungeheuren Kühnheit auf, zu beantragen, daß der Bericht des Senats nicht wie sonst „dankend entgegengenommen“, sondern nur „zur Kenntnis“ genommen werde. Der Austritt aus der Kirche ist in Bremen nicht gefällig geregelt. Vor zweieinhalb Jahren hatten unsere Genossen beantragt, ein Gesetz zu schaffen, das den Austritt aus der Kirche regelt. Da der Senat bis heute nichts in dieser Hinsicht unternommen hat, wurde er heute daran erinnert. Die katholische Kirche erhebt seit drei Jahren Kirchensteuer von allen denjenigen Bewohnern Bremens, die katholisch getauft sind, ganz gleich, ob diese die Kirche noch benutzen oder nicht. Sogar bei Waisehen will man die katholische bessere oder stärkere Hälfte zwangsweise zur Kirchensteuer heranziehen. In der Stadt sind die Evangelischen steuerfrei, während in dem Landgebiet die evangelischen Bewohner steuerpflichtig sind. Genosse Wagand kritisierte diese Zustände und verlangte, daß endlich eine gesetzliche Maßnahme getroffen werde, um den der Kirche Entfremdeten die Möglichkeit zu geben, aus dieser auszutreten. — Die Apothekenerkäufe der letzten Zeit, die den Verkäufern ungeheure Profite einbrachten, haben den Anlaß zu einem Antrage gegeben, der von dem Senat einen Bericht über die Apothekerkonzeptionen fordert. Ein weiterer Antrag der Demokraten fordert Verstaatlichung der Apotheken. Genosse Donath stimmte dem Anträgen zu, besonders die hohen Gewinne betonend, die die Apotheken von den Krankenkassen und der ärmeren Bevölkerung herausholen. Die beiden Anträge wurden angenommen. Schutz der Bauarbeiter und Beschützung von Bauunfällen lautete ein Antrag der Sozialdemokraten, den Genosse Schröder begründete. Die Organisation der Bauarbeiter hat eine Petition eingebracht, in der sie auf die Revision der Vorschriften, betreffend den Bauarbeiterlohn, dringt. Die steigende Zahl der Bauunfälle, die mangelnden Bauabenden und die ungenügenden sanitären Einrichtungen geben zu der Petition Veranlassung. Die Baupolizei wird um einen Bericht ersucht, Herr Lemmann war entrüstet, daß die Petenten von Raubbau an der Arbeitskraft sprachen. Er tat, als ob es solchen garnicht gebe; als Bauunternehmer sah er in dem Verlangen der Bauarbeiter nach Baufortschreibern nur eine Maßnahme, die für Gewinnung von Verbandmitgliedern und Abonnenten der sozialdemokratischen Presse benutzt werden solle. Der Antrag wurde angenommen. Warten wir ab, was die Baupolizei dazu sagt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Pöwlat, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Telling. Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



**Freitag**

den 21. und

**Sonnabend**

den 22. Februar

# : Doppelte Rabattmarken

auf sämtliche Fischkonserven

Norweg. Anchovis . . . . Glas	28 <sup>3</sup>	Neufundland-Hummer Dose	175 <sup>M</sup>	Bismarckheringe . . . . . Stück	8 <sup>3</sup>
Norw. Delik.-Anchovis Dose	50 <sup>3</sup>	Hummer-Mayonnaise Glas	45 <sup>3</sup>	Delikateßheringe . . . 1/2 Pfund	20 <sup>3</sup>
Anchovis-Paste (Röbig & Funk) Tube	50 <sup>3</sup>	Krebssuppen-Extrakt Dose	250 <sup>M</sup>	Russische Sardinen 1/2 Pfund	20 <sup>3</sup>
Norweg. Appetit-Sild Dose	35 <sup>3</sup>	Krebsbutter . . . Dose 2.20 M Tube	75 <sup>3</sup>	Geräucherter Lachs . . Pfund	110 <sup>M</sup>
Sprotten in Tomaten . Dose	50 <sup>3</sup>	Krebsscheren . . . . . Glas	85 <sup>3</sup>	Lachs-Paste (Röbig & Funk) . Tube	50 <sup>3</sup>
Brabanter Sardellen . . Glas	75 <sup>3</sup>	Büsum. Nordsee-Krabben Dose	45 <sup>3</sup>	Sardinen in Tomaten Dose	50 <sup>3</sup>
Sardellenbutter (Röbig & Funk) Tube	50 <sup>3</sup>	Fisch-Brisolettes . . . . . Dose	65 <sup>3</sup>	Remouladen-Sauce . . . . Glas	130 <sup>M</sup>

**Sardinen in Oel** Extra fein Dose 50<sup>3</sup> 65<sup>3</sup> 75<sup>3</sup> 85<sup>3</sup> 98<sup>3</sup> 1<sup>30</sup> 2<sup>70</sup>

Grosse Ladungen

<b>Weisskohl</b> feste Köpfe 100 Pfd. 2.30 10 Pfd.	25 <sup>3</sup>
<b>Rotkohl</b> feste Köpfe 100 Pfd. 7.20 10 Pfd.	75 <sup>3</sup>
<b>Tafel-Aepfel</b> . . . . . Pfd.	15 <sup>3</sup>
<b>Apfelsinen</b> 10 Stück 70 <sup>3</sup> 62 <sup>3</sup> 48 <sup>3</sup> 38 <sup>3</sup>	20 <sup>3</sup>

Blutwurst . . . Pfd.	80 <sup>3</sup>	Bouillon-Würfel 10 St.	36 <sup>3</sup>
Leberwurst . . . Pfd.	80 <sup>3</sup>	Puddingpulver 10Pak.	45 <sup>3</sup>
Sülze . . . . . Pfd.	80 <sup>3</sup>	Weizenmehl . . . Pfd.	17 <sup>3</sup>
Gek. Mettwurst . Pfd.	1.10	Gebrannte Gerste Pfd.	19 <sup>3</sup>
Kohlwurst . . . Pfd.	1.00	Zucker, gemahlen Pfd.	21 <sup>3</sup>
Gek. Schinken . Pfd.	2.00	Würfelzucker . . Pfd.	24 <sup>3</sup>
Cornedbeef . . . Pfd.	1.10	Zitronen . . . . . Dtzd.	55 <sup>3</sup>
Schweizerkäse . Pfd.	95 <sup>3</sup>	Tomaten . . . . . Pfd.	40 <sup>3</sup>
Alter Holländer . Pfd.	95 <sup>3</sup>	Rhabarber . . . . . Bund	9 <sup>3</sup>
Tilsiter Käse . . Pfd.	58 <sup>3</sup>	Blumenkohl . . . Kopf	20 <sup>3</sup>
Palmitin . . . . Pfd.	65 <sup>3</sup>	Sellerie . . . . . Knolle	8 <sup>3</sup>
Schmalz, gar. rein Pfd.	72 <sup>3</sup>	Wurzeln . . . . . Pfd.	4 <sup>3</sup>
Frische Eier . 10 Stück	85 <sup>3</sup>	Steckrüben . . . . . Stck.	8 <sup>3</sup>

**Frisches Fleisch**

la. junges Rindfleisch Bratenstücke Pfd. 80 u. 90 <sup>3</sup>	. . . . . Pfund	75 <sup>3</sup>
la. junges Schweinefleisch Bratenstücke Pfd. 90 <sup>3</sup>	. . . . . Pfund	85 <sup>3</sup>
la. junges Kalbfleisch Bratenstücke Pfd. 80 <sup>3</sup>	. . . . . Pfund	65 <sup>3</sup>
la. junges Hammelfleisch Bratenstücke Pfd. 90 <sup>3</sup>	. . . . . Pfund	80 <sup>3</sup>
Gänseklein gepökelt . . . . . 2 Pfund		90 <sup>3</sup>
Gänsekeulen Landrauch . . . . . Stück		65 <sup>3</sup>
Gänse-Knochenbrüste Landrauch . . . . . Pfund		1.00

**Prima Zittauer Zwiebeln** 100 Pfund 2<sup>60</sup> 10 Pfund 30<sup>3</sup> 5 Pfund 16<sup>3</sup>

## Verkauf von Resten zu ausserordentlich billigen Preisen:

Herren-Zug- u. Schnallenstiefel Borkalf und Rindbox Regulär 8.75 bis 10.50	Ausnahmepreis 6.00 u.	4 <sup>50</sup>	Reste u. Abschnitte: Hemdentuche feine und mittelfädige Qualitäten Regulär bis 50 <sup>3</sup>	Ausnahmepreis Mtr.	33 <sup>3</sup>	Damen-Taghemden mit gestickter Passe und Languetten Regulär 2.40 bis 2.65	Ausnahmepreis 1.95 u.	175
Herren-Goodyear-Welt-Stiefel Borkalf und Chevreau Regulärer Preis 14.50 bis 16.50	Ausnahmepreis	7 <sup>50</sup>	Pikee-Barchente geraucht, für Negligee-Wäsche Regulär bis 95 <sup>3</sup>	Ausnahmepreis Mtr.	48 <sup>3</sup>	Damen-Ausstattungschemden mit reicher Stickerei und Banddurchzug Regulär 4.75	Ausnahmepreis 3.75 u.	350
Damen-Goodyear-Welt-Stiefel in Chevreau und Lackstiefel, mit Wildledereinsatz Regul. Preis 12.50 bis 14.50	Ausnahmepreis 9.75 u.	6 <sup>00</sup>	Inlett-Reste für Oberbett, Unterbett, Kissen und Pfuhl Regulär 5.50 3 <sup>30</sup>	Ausnahmepreis Mtr.	95 <sup>3</sup>	Damen-Nachthemden in elegantester Ausführung Regulär bis 12.75	Ausnahmepreis 8.75 u.	800
Elegante Damen-Schnürstiefel erstklassige Fabrikate Reg. Preis 16.50 bis 18.50	Ausnahmepreis 12.50	10 <sup>50</sup>				Damen-Beinkleider Kniefasson mit Stickerei-Einsätzen und Banddurchzug Regulär 2.75	Ausnahmepreis	175
Wiener Damen-Salonschuhe Chevreau und Lackleder Regulärer Preis 9.75 bis 12.50	Ausnahmepreis	4 <sup>50</sup>				Weisse Damen-Unterröcke mit Stickerei-Volant Regulärer Preis bis 9.00	Ausnahmepreis 6.00 u.	350

In der Gesamfront des Geschäftshauses

**Sehenswerte**

**Ausstellung in Frühjahrs-Neuheiten.**

**Holstenhaus**

G. m. b. H.

Lübeck

Holstenstraße.

(1205)

Der Amerikaner M. . . . .  
kargen Finanzverhältnisse in  
legenden hatte, das Spiel, da  
Könige nicht, aus eigener Hand  
Sich in einem Spiel zum Besten



# 1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

11. 44.

Freitag, den 21. Februar 1913.

20. Jahrg.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 20. Februar 1913.

117. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kräfte.

Zunächst wird die am 2. Juni 1911 in Washington unterzeichnete revidierte Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums und der Gelehnthaltung zur Ausführung dieser Übereinkunft in dritter Lesung angenommen.

Die Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer für 1910 wird in erster Beratung erledigt.

Es folgt ein Entwurf über die Verlegung der deutsch-österreichischen Grenze bei Hammerunterwiesenthal-Weipert. Er wird auch gleich in zweiter Lesung angenommen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Postetats fortgesetzt.

Sie beginnt mit den namentlichen Abstimmungen über die Anträge zur Ostmarkenzulage.

Der Antrag Wasseremann (N.), diese Zulagen in den gemischtsprachigen Teilen des Reichspostgebietes zu gewähren, wird mit 213 gegen 172 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Dafür stimmen die Rechte, die Nationalliberalen und die Volkspartei, dagegen Zentrum, Polen und Sozialdemokraten.

Der Antrag Schulke (Sp.), die Zulagen außer in Polen und Westpreußen auch in Elsaß-Lothringen zu gewähren, wird mit 209 gegen 148 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Die Parteigruppierung ist dieselbe wie vorher.

Der Antrag Hubrich (Sp.), die Ostmarkenzulage entsprechend der Regierungsvorlage in den Etat wieder einzustellen, wird mit 211 gegen 141 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Beim Titel „Beihilfen für bedürftige Pensionäre“ begründet

Graf v. Westarp (K.) eine Resolution, die Verhältnisse der Altpensionäre einer erneuten Regelung zu unterziehen und die Resolution zur gründlichen Prüfung der Budgetkommission zu überweisen.

Erzberger (Z.) schließt sich diesem Antrage an, desgleichen

Dr. Beck (N.) und Kopsch (Sp.)

Die Resolution wird der Budgetkommission überwiesen. Beim Titel „Arbeiten zum Bau und zur Unterhaltung der Telegraphenlinien sowie Unterhaltungen an Arbeiter, ehemalige Arbeiter und deren Hinterbliebene“ bemerkt

Heckmann (N.), die Löhne der Arbeiter haben mit der Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse nicht Schritt gehalten. Die Zulagen der Telegraphenarbeiter, wenn sie auswärts arbeiten, sind zu gering. Die Postverwaltung sollte darauf sehen, zufriedene Arbeiter zu erhalten; das ist ebenso wichtig wie die Zufriedenheit der Beamten.

Hubrich (Sp.) empfiehlt eine Resolution, das Besoldungsgesetz so zu ändern, daß ein angemessener Teil der im Arbeiter- und Handwerkerdienstverhältnisse zurückgelegten Dienstzeit auf das Besoldungsalter angerechnet werden kann. Auch die Wirksamkeit der Arbeiterauschüsse sollte ausgedehnt werden. Die Resolution Wumm, die Kosten der ärztlichen Untersuchung für die etatsmäßige Anstellung auf die Postkasse zu übernehmen, lehnen wir ab; diese Kasse hat damit nichts zu tun.

Behrens (WBg.) empfiehlt eine von der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachte Resolution, den Arbeitern und Handwerkern ihre Arbeiter- und Handwerkerdienstjahre auf das Besoldungsalter anzurechnen, und die Resolution Wumm, die Kosten der ärztlichen Untersuchung für die etatsmäßige Anstellung auf die Postkasse zu übernehmen.

Heckmann (N.) empfiehlt eine Resolution, den Reichsanwalt um eine Prüfung zu ersuchen, ob und inwieweit die Löhne und Zulagen der Telegraphenarbeiter erhöht und einheitlicher festgesetzt werden können, die Anrechnung der Sonntage als Urlaubstage in Fortfall kommen und eine Kleiderkasse geschaffen werden kann.

Staatssekretär Kräfte erklärt die vorgebrachten Wünsche für zu weitgehend, man könne die Arbeiter doch nicht zu Beamten machen. Die Abgeordneten täten gut, bevor sie sich zum Sprachrohr der Wünsche der Arbeiter machen, sich mit der Verwaltung wegen der Durchführbarkeit in Verbindung zu setzen.

Faller (N.): Dieser Rat ist sehr gut gemeint, aber wir sind nicht der Meinung, daß aller Segen von oben kommt. Unerfüllbare Wünsche vertreten wir nicht.

Zubeil (SD.): Der Staatssekretär hat wieder bewiesen, daß ihm das Verständnis für die Not seiner Beamten und Arbeiter abgeht. Er glaubt, uns schulmeistern zu dürfen. Uns liegen die Wünsche der Arbeiter und Beamten seit langem vor, und wir haben Gelegenheit genug gehabt, ihre Angaben zu prüfen. Die Löhne sind teilweise so niedrig, daß eine Familie kaum über die äußerste Not hinwegkommen kann. Die Wünsche der Telegraphenarbeiter sind daher nur berechtigt. Die Arbeiter haben keineswegs sämtlich den Wunsch, Beamte zu werden, aber bei den Telegraphenvorarbeiten ist dieses Streben berechtigt. Der Resolution Hubrich stimmen wir zu. Ebenso halten wir es für richtig, daß die Kosten für die ärztliche Untersuchung nicht den Telegraphenarbeitern auferlegt werden. Übrigens täuschen sich die Ärzte bei solchen Untersuchungen häufig, sie sollten aber in einem oder zwei Monaten wiederholt werden. Der Resolution Heckmann stimmen wir ebenfalls zu, doch halten wir eine nochmalige Prüfung der in ihr erhobenen Forderungen nicht mehr für notwendig. Das würde die Sache nur verschleppen. Auch der Resolution Behrens stimmen wir zu. Hoffnung knüpfe ich an diese Wünsche nicht, denn von der jetzigen Reichspostverwaltung erwarte ich keine Besserung. Wir müssen daher Jahr für Jahr die Öffentlichkeit auf diese Zustände aufmerksam machen, vielleicht wird die Öffentlichkeit der Meiste sein, der den alten Junggeßellen (Heiterkeit) bewegt, den berechtigten Wünschen der Telegraphenarbeiter und Unterbeamten entgegenzukommen. (Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Kräfte: Gegenüber dem Vorredner stelle ich fest, daß bis 3 Mt. überhaupt nur 0,9 % der Arbeiter haben, und daß in den letzten Jahren 420 000, 480 000 und 520 000 Mt. für Aufbesserung der Löhne aufgewandt worden sind. Im übrigen zahlen wir die üblichen Löhne; mehr wird, glaube ich, auch nicht in den sozialdemokratischen Betrieben gezahlt. (Widerspruch bei den Soz.)

Behrens (WBg.): Die Arbeiter wollen nicht Beamte werden, sie wollen nur eine dauernde gesicherte Existenz.

Koste (SD.): Herr Wendt hat vorher durch einen Zwischenruf angedeutet, daß die bis in die kleinsten Einzelheiten, wie Kleiderfragen, gehenden verschiedenen Anträge auf einen Wettbewerb zwischen Organisationen oder Parteien zurückzuführen seien. Er wird wohl in diesem Falle die Motive der ihm nahestehenden Herzen und Parteien am besten kennen. — Der Staatssekretär hat uns gegenüber gewissermaßen die Lehre vom beschränkten Untertanenvorstand aufs neue gepredigt. Er sagte, wenn auch in höflicher Form: Ihr dummen Kerle, was redet Ihr denn eigentlich über diese technischen Arbeiterangelegenheiten. Ihr versteht ja doch nichts davon. In demselben Atemzug sprach er selbst über Dinge, von denen er ganz und gar keine Ahnung hat, nämlich über die Verhältnisse in sozialdemokratischen Betrieben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn der Staatssekretär sich dazu aufschwingen würde, seinen Arbeitern Löhne zu geben, wie sie in sozialdemokratischen Betrieben üblich sind, dann brauchen wir eine ganze Anzahl von Wünschen nicht immer wieder zu äußern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dann jagte der Staatssekretär, er tue ja alles mögliche. Zubeil hat auch durchaus nicht verkannt, daß Lohnaufbesserungen vorgenommen sind. Wir können wohl sagen, daß wo sie erfolgt

sind, sie auch auf das Konto des Reichstags und nicht zum mindesten meiner Freunde zu setzen sind, die immer wieder die Verwaltung darauf hingedrängt haben, daß etwas geschehen müsse. Zubeil hat nur gesagt, daß bei dem fiskalischen Geist der Postverwaltung keine Hoffnung bestehe, daß den berechtigten Wünschen, die wir seit einer Reihe von Jahren vertreten, so rasch, wie es notwendig wäre, Folge gegeben wird. Der Staatssekretär ist der Ansicht, er müsse vor allem für große Ueberschüsse sorgen. Da scheint die Homogenität der Regierung wieder einmal auseinanderzugehen. Der Staatssekretär des Kolonialamts hat uns gerade gesagt, es sei verkehrt, nur immer auf eine schnelle Rentabilität hinzuzielen, man solle nicht so fiskalisch sein. (Hört, hört!) Die Summen, die der Staatssekretär nannte, hören sich ja ganz schön an, aber wir wollen wissen, wieviel Personen daran beteiligt sind. Schließlich kommt heraus, daß nur 2,3 Bgr. Lohnhöhung auf den Einzelnen kommen. Die Hauptsache ist, daß die Lohnaufbesserung mindestens ein vollwertiger Ausgleich für die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung sind. Ja, das genügt uns nicht, wir wollen darüber hinaus, daß die vom Staat beschäftigten Arbeiter auch an der großen Vermehrung des Nationalwohlstandes, die man uns immer vorrechnet, einen entsprechenden Anteil haben. Während ganz allgemein das Einkommen der Besitzenden steigt, kommen die unteren Schichten nicht nach, das Kaiserwort ist nicht eingelöst, daß die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gewiß wird manches Hervorragende geleistet und in gewissen Beziehungen muß die deutsche Reichspost allen anderen vorangestellt werden. Aber die Löhne der Arbeiter bei der Post sind so niedrig, wie sie nur irgendwo gezahlt werden können, und gehen vielfach über den ortsüblichen Lageslohn nicht hinaus. In der Begründung zur Besoldungsreform seinerzeit wurde klar ausgesprochen, daß eine wesentliche Steigerung des Einkommens der unteren Reichsbeamten auch Forderungen der Beamten der Einzelstaaten, der Kommunen, der Privatindustrie und schließlich auch der Landarbeiter zur Folge haben würden. Also aus zarter Rücksicht für die Agrarier zahlt die Reichspost den Postboten so geringe Löhne. Daraus erklärt sich die Beliebigkeit des Herrn Kräfte bei der äußersten Rechten. Wir halten es für einen des Reiches unwürdigen Zustand, daß eine ganze Anzahl Unterbeamten sich erst jahrelang durchhängen muß, um dann endlich zu einer Bezahlung zu gelangen, die den bescheidensten Ansprüchen genügt. (Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Dertel (K.): Auch wir vertreten berechnigte Wünsche der Arbeiter: an einem Wettlauf um die Gunst der Arbeiter beteiligen wir uns freilich nicht.

Die Resolutionen Abt, Behrens und Wumm werden angenommen.

Beim Titel „Zuschuß zu den Kleiderkosten“ wünscht Chrysan (Ztr.) stärkere Heranziehung der Handwerker zu den Vorkosten.

Barthel (W.) klagt ebenfalls über zu geringe Berücksichtigung der Handwerker und ihrer Genossenschaften durch die Postverwaltung.

Bei den einmaligen Ausgaben klagt

Haberland (SD.) über die schlechten Telephonverbindungen von Düsseldorf nach dem Westen sowie nach Berlin.

Eine weitere Bitte, die die Düsseldorf-Geschäftswelt seit 1902 mehrfach wiederholt hat, ist der Anschluß von Düsseldorf an das niederheinisch-westfälische Bezirksfernnetz, der im Interesse der wirtschaftlichen Verbindung Düsseldorfs mit dem Industriegebiet dringend erforderlich ist.

Taubadel (SD.): Bei der Errichtung des neuen Hauptpostamts in Gorky, das neben dem neuen Empfangsgebäude am Bahnhof steht, sollen die beiden Verwaltungen ganz unabhängig von einander vorgegangen sein, so daß das Städtebild durch die neuen Gebäude geradezu verunstaltet wird.

## Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(15 Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Eine gedankenschwere Nacht führte ihn am folgenden Abend zu Herrn Wilkens. Es erforderte einen großen Teil Ueberwindung auf seiner Seite, bevor er sich zu diesem Schritt entschließen konnte, aber er brauchte den Beistand seines alten Stewards zu einem kleinen Plan, den er zum Besten seines Sohnes entworfen hatte, und so schenkte er seinem ehemaligen Untergebenen zum erstenmal in seinem Leben die hohe Ehre seines Besuchs.

Die Ehre war eine so unerwartete, daß, als Herr Wilkens, auf das Klopfen des Kapitäns mit dem Spazierstock auf den Fußboden, in das Wohnzimmer trat, er eine Zeitlang still stand und ihn ganz bestürzt anstarrte. Nur zwei Minuten vorher hatte er Herrn Ernst Thieken nach der Küche geführt, um ihm die inneren Schönheiten einer alten Uhr zu erklären, und die Situation erfüllte ihn daher schlechtweg mit Entsetzen. Der Kapitän begrüßte ihn fast höflich und bat ihn, sich zu setzen. Herr Wilkens lächelte schwach und holte tief Atem.

„So setzen Sie sich doch,“ wiederholte der Kapitän. „Ich habe etwas in der Küche liegen lassen, Rappen,“ flammelte Herr Wilkens, „ich bin in einer halben Minute wieder da.“

Der Kapitän nickte. In der Küche setzte Herr Wilkens in rasender Schnelligkeit und zusammenhanglos Herrn Thieken die Situation auseinander.

„Ich werde hier sitzen bleiben,“ sagte der Letztere und zog sich einen bequemen Eichenstuhl an den Herd.

„Sehen Sie, er weiß nicht, daß wir einander kennen,“ erklärte der Steward zu seiner Entschuldigung, „aber ich möchte Sie doch auch nicht gern in der Küche lassen.“

„Das geht schon,“ antwortete Thieken, „machen Sie sich meinerwegen keine Sorgen.“

Er winkte ihm zu gehen, und Herr Wilkens, noch ganz blaß, schloß die Tür hinter sich und begab sich wieder zu dem Kapitän, setzte sich auf die äußerste Ecke eines Stuhles und wartete.

„Ich wollte mit Ihnen in einer kleinen, geschäftlichen Angelegenheit reden,“ bemerkte der Besucher.

Herr Wilkens lächelte, dann rief er, daß dies vielleicht nicht ganz das Richtige sei, und sah wieder ernst aus.

„Ich habe Sie aufgesucht, wegen meines — wegen meines Sohnes,“ fuhr der Kapitän fort.

„Ja, Rappen,“ wack Herr Wilkens ein. „Sie meinen den jungen Herrn Max?“

„Ich habe nur den einen Sohn,“ erwiderte der andere unfreudlich, „es sei denn, daß Sie zufällig etwas von mehreren wissen.“

In der Hast, jede derartige Kenntnis zu bestreiten, fiel Herr Wilkens beinahe von der Stuhlkante. Seine Gedanken gärten in ihm und die schuldbehaftete Erinnerung an das, was er in der Küche zurückgelassen hatte, vermehrte nur seine Verwirrung. Und gerade in diesem Augenblick öffnete sich die Tür und Fräulein Schumann trat ein.

Ihre Ueberraschung, ihren Vater in einem Stuhl beim Fenster sitzend zu finden, veranlaßte eine Sturzflut von Fragen. Anstatt dieselben zu beantworten, fragte der Kapitän seinerseits:

„Was willst Du denn hier?“

„Ich wollte Peter besuchen,“ erwiderte Fräulein Schumann. „Denk doch nur mal, daß ich Dich hier treffen sollte! Wie geht es Ihnen, Peter?“

„Sehr gut, Fräulein, danke Ihnen,“ erwiderte Herr Wilkens, „unter den Verhältnissen,“ fügte er nach kurzer Ueberlegung hinzu.

Fräulein Schumann nahm in einem Stuhle Platz und legte ihre Füße auf eine Fußbank. Ihr Vater betrachtete sie unruhig.

„Ich kam her, um mit Peter über eine Privatangelegenheit zu sprechen,“ sagte er kurz.

„Privatangelegenheit?“ fragte die Tochter, überrascht umherblickend. „Worüber?“

„Eine Privatangelegenheit,“ wiederholte Kapitän Schumann. „Ich denke, Du kommst zu anderer Zeit wieder.“

Käthe Schumann senkte und nahm ihre Füße wieder von der Fußbank. „Ich will hinausgehen und in der Küche warten,“ sagte sie und schritt zur Tür.

Beide Männer protestierten. Der Kapitän, weil es schlecht mit seiner Würde übereinstimmte, seine Tochter in der Küche sitzen zu lassen, Herr Wilkens, weil es daselbst schon einen Besucher gab. In seinen Bemühungen, dem jungen Mädchen unmerkliche Winke zu geben, nahm das Gesicht des Herrn Wilkens so eigenartige Züge an, daß sie ihn in stiller Verwunderung betrachtete. Dann ergriff sie die Türklinke, ging hinaus und schloß die Tür mit einem Knall, den man als definitiv zu betrachten hatte.

Herr Wilkens stand da wie gebannt, aber es geschah nichts. Es gab keinen Schrei der Ueberraschung, auch kein hastiges Wiedererschleichen einer entrümpelten Küche Schumann. Seine Gesichtszüge arbeiteten nervös — dann nahm er

seinen Platz wieder ein und blinnte ergeben auf seinen Vorgesetzten.

„Ich denke mir,“ sagte der Letztere, „Sie werden gehört haben, daß mein Sohn heiraten will?“

„Ich konnte nicht umhin, es zu hören,“ erwiderte der Steward zu seiner Selbstverteidigung, „wer hätte das wohl können?“

„Er will dieses rothaarige Frauenzimmer von den Lohls heiraten,“ sagte der Kapitän und starrte zu Boden.

Herr Wilkens murmelte etwas davon, daß er nicht verstehen könne, wie jemand rote Haare lieben könne, und oben drein sei es die Meinung der Damen in der Ellen-Milch, daß es gefährlich sei.

„Er soll mit dem „Sturmvogel“ in See gehen,“ fuhr der Kapitän fort. „Das Schiff wird wahrscheinlich ein oder zwei Jahre fortbleiben, und in der Zwischenzeit wird das Mädchen wahrscheinlich einen andern heiraten. Besonders wenn sie nicht weiß, was aus ihm geworden ist. Und an Bord eines Schiffes kann ihm kein Malheur passieren.“

„Nein, Rappen,“ meinte der erstaunte Steward: „ist es denn dem jungen Herrn Max Schumann recht, fortzugehen, Rappen?“

„Das hat damit gar nichts zu tun,“ verlegte der Kapitän sich.

„Nein, Rappen,“ sagte Herr Wilkens, „natürlich nicht. Ich wunderte mich nur, wie er dazu veranlaßt werden soll, wenn er nicht damit einverstanden ist.“

„Deswegen bin ich hergekommen,“ entgegnete der andere. „Ich möchte, daß Sie zu Kathan Schmidt gehen und das mit ihm abmachen.“

„Sie wollen ihn mit Gewalt hinhauen lassen?“ flammelte der erstaunte Herr Wilkens.

„Ich will ihn an Bord des „Sturmvogels“ hinausjagen,“ gab der andere zur Antwort. „und Schmidt ist der Mann dafür, das zu arrangieren.“

„Es ist aber heutzutage sehr schwer, Rappen,“ meinte Wilkens mit Kopfschütteln. „Alles das mit dem Amateurn am Tage vor der Abreise, und dann die Hafenpolizei — ich muß sagen, es ist ein Wunder, daß überhaupt noch jemand zur See geht.“

„Ueberlassen Sie das Schmidt nur,“ rief der Kapitän ungeduldig. „Der „Sturmvogel“ segelt am Freitag morgen mit der Flut. Sagen Sie Schmidt, ich würde es so einrichten, daß ich meinen Sohn Donnerstag abend hier trafe, und daß er etwas zu trinken parat halten muß und am Ufer ein Boot.“

Herr Wilkens wand sich etwas. „Aber wie ist es mit dem Amateurn, Rappen,“ fragte er.



Direktor Achenborn bestreitet die Berechtigung die-  
Beschwerde, die beiden Gebäude seien durchaus einheitlich  
fallt.  
Die Ausgaben werden bewilligt. Es folgen die Ein-  
nahmen.  
Haberland (SD.): Das beste Mittel zur Erhöhung  
der Einnahmen ist zweifellos die Erleichterung und Ver-  
billigung des Postverkehrs. Leider scheint die Reichspostver-  
waltung das noch immer nicht einzusehen, sonst würde sie  
sich manchen Wünschen mehr entgegenkommen. Einer die-  
berechtigten Wünsche ist die Ausdehnung des Nachbar-  
verkehrs von Düsseldorf auf seine industriellen Vororte  
Essen und Benrath. Trotz mehrfacher Gesuche verhielt sich  
Postverwaltung ablehnend, obwohl eine ganze Anzahl  
düsseldorfer Firmen Fabrikbetriebe oder Zweigstellen in den  
Vororten haben. Ueberhaupt entsprechen die postfälligen  
Verhältnisse der Vororte von Düsseldorf in keiner Weise der  
geographischen Lage und dem regen Verkehr. Das beste Ab-  
sammittel würde die Einbeziehung einer ganzen Reihe von  
orten in den Nachbarortverkehr mit Düsseldorf sein; da-  
erzielte man einen geographisch abgerundeten und  
wirtschaftlich eng zusammenhängenden Postbezirk mit regem  
Verkehr, der die Einnahmen der Postverwaltung sicher er-  
heblich steigern würde, während heute der Verkehr gerade-  
gehemmt wird. Ganz ähnliche Verhältnisse entwickeln sich  
regens auch in den zur Bürgermeisterei Angermund und ge-  
rigen Orten Großenbaum und Schingen, die im Interesse  
der weitausschauenden Verkehrspolitik heute schon mit  
risung zum Nachbarortverkehr vereinigt werden müßten.  
Die Einnahmen werden bewilligt.  
Der Etat der Reichsdruckerei wird debattelos be-  
willigt.  
Es folgt der Etat des Reichseisenbahnamts.

Sajenzahl (SD.): Ueber die Frage der Ver-  
einheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens schweben im  
Inndesrat noch immer Erwägungen. Offenbar sind ge-  
isse Widerstände gegen diese Vereinheitlichung im Bundes-  
vorhanden. Die Eisenbahnen haben nach unserer Auf-  
sicht die Aufgabe, als Verkehrsinstanz zu dienen, und  
ht als Erwerbsquelle. Das kann nur erreicht werden,  
nir mir dazu übergehen, die Eisenbahnen allmählich aus  
s Reich zu übernehmen. Die Schwierigkeiten, die der  
Entwicklung dieser Frage noch entgegenstehen, zu beseiti-  
gen, müßte eine der vornehmsten Aufgaben des Reichseisen-  
bahnwesens sein. Will das Amt nicht nur deklarativ wirken,  
er als Puffer zwischen dem preussischen Eisenbahnministe-  
rium und dem Reichstag, wie bei der Beratung der Inter-  
national über den Wagenmangel, dienen, dann muß es  
sich Selbständigkeit beweisen, mehr selbst die Initiative er-  
heben. Herr v. Breitenbach hat sich seinerzeit auf einen  
Hauptbestandteil des Deutschen Handelstages berufen, nach-  
dem in dem Betriebe der Ausrüstung und der Verwaltung  
deutscher Eisenbahnen bereits eine Einheitlichkeit be-  
stehen sollte, die die Forderung der Reichsverfassung weit  
über sich läßt. Aber diese Verfassung war ein unglücklicher  
Fehl, dem gerade der Handelstag hat durch Einsetzung einer  
Kommission, die unterzuchen soll, was zu geschehen hat, um  
im Artikel 12 der Verfassung niedergelegte Forderung zu  
erfüllen, bekundet, daß er eine weitergehende Vereinheitli-  
chung für dringend notwendig hält. Und ein früheres  
Mitglied des preussischen Eisenbahnministeriums, Geheimrat  
Krauß, hat auch in seiner Schrift: Die Vereinheitlichung  
des deutschen Eisenbahnwesens die Einsetzung einer perman-  
enten Kommission zur Prüfung dieser Fragen ver-  
langt. Ein Gerichtsassessor Geyer hat ferner im Oktoberheft  
der Zeitschrift „Weltverkehr und Weltwirtschaft“ in einem  
Artikel das Problem der deutschen Eisenbahngemeinschaft  
vorgeworfen, daß der Nationalismus und die territorialen  
Interessen, die jetzt unser Eisenbahnwesen beherr-  
schen, mit Zugunsten darüber stehen, daß der Verkehr im  
ganzen Lande ohne eigenen Bahnen erhalten bleibt, und daß  
die großen Verkehrsinteressen hinter diesen partikularisti-  
schen Interessen zurücktreten. In den Mitteln zur Abhilfe  
den wir allerdings weiter als Herr Geyer, wir sehen die  
richtige Abhilfe in der Übernahme der Eisenbahnen auf  
s Reich. Einen deutlichen Beweis für das Vorherrschende  
nationaler Sonderinteressen in unserer heutigen Sonder-  
politik ist die Entwicklung des Verkehrs Berlin-Basel. Nach  
Schluß der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft ist  
der Verkehr zwischen Berlin und Basel über Darmstadt we-  
sentlich verringert worden, aber der linksrheinische Verkehr  
zwischen Berlin-Basel um das Fünffache erhöht worden.  
Auf Grund findet man darin, wenn man sich die Mühe  
macht, zu untersuchen, wie weit bei den einzelnen Schritten  
die preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft interessiert ist,  
daß der einen Strecke kommen für sie 87,4 Km., auf der an-

dem 80,9 Km. in betragt. Das ist der Schlüssel zu diesem  
Geheimnis. (Hört! hört!) Aus rein fiskalischen Sonder-  
interessen wird der Verkehr systematisch von den süddeutschen  
Bahnen weggeleitet. Nach der Ausführung der bei der  
europäischen Fahrplankonferenz in Hamburg zur Annahme  
gelangten Anordnung wird der ganze Nord-Südverkehr vor-  
wiegend zu gunsten der preussisch-hessischen und der elsas-  
lothringischen Bahnen um Baden und Württemberg usw.  
herumgeleitet werden. Diese Mißstände können nur beseitigt  
werden, wenn wir über die Reichseisenbahngemeinschaft hin-  
aus zur Übernahme der Eisenbahn auf das Reich kommen.  
(Sehr wahr! b. d. Soz.) In dem preussisch-hessischen Eisen-  
bahnvertrag ist Hessen von Preußen nicht schön behandelt;  
die Millionenerüberschüsse, die man uns immer vorhält, kö-  
nnen die Lasten der ungerechten Verteilung nicht aus der  
Welt schaffen, und das Reichseisenbahnamt sollte dem Ver-  
langen nach einer Revision des Vertrages nachgeben.  
Die preussischen Junker behaupten, wir Sozialdemokraten  
wollen Reichseisenbahnen, um uns bei den Eisenbahn-  
arbeitern einzunisten, ihre Disziplin zu lockern und den Streit  
vorzubereiten. Wir treten für die Reichseisenbahnen im In-  
teresse des Verkehrs ein. Gewiß wollen wir die Arbeiter or-  
ganisieren, aber nicht um ihre Disziplin zu lockern, sondern  
um ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Wir  
haben in einer Resolution die reichsrechtliche Regelung der  
Dienst- und Ruhezeit der Eisenbahngestellten verlangt.  
Der Bundesrat aber hat dies Verlangen für nicht notwendig  
und nicht zweckmäßig erklärt. Dabei haben in der preussisch-  
hessischen Eisenbahngemeinschaft nur 5,42 % des Personals  
einen achtstündigen Arbeitstag, 63,10 % dagegen einen Ar-  
beitstag von über 10 Stunden, 10 000 Eisenbahngestellte  
sogar einen solchen von 12 bis 15 Stunden. (Hört, hört! bei  
den Soz.) Ganz ähnlich liegt es mit der Ruhezeit. Bei der  
Überarbeitung der Angestellten ist es natürlich kein Wunder,  
wenn Unglücksfälle vorkommen. Der preussische Eisenbahn-  
minister v. Breitenbach prunkt gerne mit seinen Millionen-  
überschüssen, aber der Verbesserung der Lage seiner An-  
gestellten steht er ablehnend gegenüber. Deshalb möchte ich  
dem Reichseisenbahnpräsidenten zumuten, er solle hart wer-  
den gegen alle Verkehrs- und arbeiterschädigenden Machina-  
tionen. (Bravo! bei den Soz.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag  
1 Uhr. (Vorher Anfragen.)  
Schluß 6 1/2 Uhr.

### Aus einem „wilden“ Lande.

Das Volk von Australien, d. h. die über 21 Jahre alten  
Staatsangehörigen bel der Geschlechter in der  
Zahl von nahezu 2 1/2 Millionen, fast die Hälfte der Ein-  
wohner, hat in nächster Zeit über eine bedeutungsvolle  
Aenderung der Bundesverfassung zu entscheiden.  
Es handelt sich im wesentlichen um die Erweiterung des  
Rechtes der Bundesgesetzgebung auf dem Gebiete der Ge-  
werbe- und Sozialpolitik, der Ueberwachung  
der Kapitalgesellschaften und um das Recht, be-  
stehende Privatmonopole zu nationalisieren,  
d. h. in Bundesbetriebe zu verwandeln. Da die  
geforderten Rechte bisher den Einzelstaaten zustehen, handelt  
es sich also weniger darum, neue Grundsätze einzuführen, als  
ihre Verwirklichung im Gesamtinteresse zu sichern.  
Während heute die Parlamente der Einzelstaaten, deren  
„Oberhaus“ nur von Leuten mit mindestens 1000 Mk. Ein-  
kommen aus Grundbesitz gewählt wird, von ihren Befugnissen  
unter dem Einfluß kapitalistischer Gruppen keinen oder un-  
genügenden Gebrauch gemacht haben, würde das Bundes-  
parlament, dessen beide Kammern auf demokratischen  
Wahlrecht beruhen und Arbeitermehrheiten aufweisen,  
die zu schaffenden Verfassungsbestimmungen auch in die  
Praxis übertragen. Es handelt sich dabei nach dem „Vorw.“  
um folgendes:

1. Die heute der Bundesgesetzgebung zustehende Befugnis,  
Gewerbe- und Handelsgesetze zur Regelung des Verkehrs  
zwischen den Staaten und mit anderen Ländern zu erlassen,  
soll von dieser Beschränkung befreit, also auch auf die Ver-  
hältnisse innerhalb der einzelnen Bundesstaaten ausgedehnt  
werden. Betreffend soll die Beschränkung auch ferner für  
Staatsbahnen, um die partikularistische Furcht  
vor Einführung des Bundesbahnsystems zu beseitigen.
2. Die bisher auf ausländische oder Handels- und Finanz-  
gesellschaften mit einem sich über das ganze Bundesgebiet er-  
streckenden Geschäftsbetrieb beschränkte Aufsichtsbefugnis des  
Bundes soll auf alle auf Gewinn ausgehenden Gesellschaften  
ausgedehnt werden. Das Recht der Regelung, Beaufsichti-

„Er wird nicht anmußern,“ antwortete der Kapitän, „er  
wird als „blinder Passagier“ an Bord gehen. Schmidt muß  
an Bord schmuggeln und die Leute besprechen, damit sie  
im Vorderlegis verborgen liegen lassen. Der „Sturm-  
gel“ wird nicht ansetzen, um ihn wieder an Land zu setzen.  
Er hat hundert Mark, geben Sie Schmidt jetzt vierzig oder  
fünfzig davon — und den Rest, wenn die Sache soweit in Ord-  
nung ist.“  
Der Steward nahm das Geld widersprechend an sich, raffte  
sein ganzes Gut zusammen und blühte seinem ehemaligen  
Kapitän ins Gesicht.  
„Es ist aber ein hartes Leben vor dem Kap, Köpchen,“  
sagte er.  
„Mann!“ war die Antwort. „Ich will einen Mann aus  
m machen. Außerdem, was geht das Sie an?“  
„Die Geschichte gefällt mir nicht, Köpchen,“ erklärte Herr  
Wien tapfer.  
„Was haben Sie damit zu tun?“ fragte der andere hirn-  
schraub. „Sie werden die Sache so bald wie möglich mit  
Schmidt anmachen.“  
Herr Wilkens schaute mit den Füßen und bemühte sich,  
in im Geiste vorzustellen, daß er ein unabhängiger Mann sei  
und nur seine, was ihm gefalle.  
„Ich habe ihn gekannt, jetzt er ein Kind war,“ marmelie  
trug.  
„Ich will jetzt nichts mehr von Ihnen hören, Wilkens,“  
sagte der Kapitän mit harter Stimme. „Sie haben meine  
Freiheit und werden gut daran tun, zu gehen, daß Sie aus-  
gehen werden. Mein Sohn wird einer der ersten sein, der  
Ihren Vater dafür dankt, daß Sie ihn aus einer solchen Wirk-  
schaft herausgerissen haben.“  
Herr Wilkens schaute Herrn Köpchen an. „Ich denke,  
wenn Sie nicht auch gehen,“ bemerkte er hoff-  
nungslos.  
„Vorwärts und Sie das,“ beharrte der Kapitän. „Aber,  
verstehe ich nicht, Wilkens, daß Sie die Sache gut er-  
kennen. Einmal würde ich Sie nicht anerkennen, und  
jetzt habe ich mich noch nicht in Ihnen geändert.“  
Der Steward schreie nach Luft und sah, im Zweifel,  
er nicht gehen werde, nach einem ehemaligen Herrn, an  
den er sich nicht angeschlossen, aber vergebens. In  
den letzten Jahren seines Lebens war er noch nie so  
in Gefahr gewesen. „Aber ich habe er sich einig vor mir aber und  
mein Kind und Sie zu befragen.“  
„Ich bin immer noch ein Mann die Unterhaltung ver-  
steht, aber nur auf meine. Frau Schumanns Schatzung,  
die Sie mir unter der Hand und ich plötzlich Herrn Thie-  
sen von Thießen zu befragen gegenüber kommt, was können

zu verbergen. Zu spät verstand sie die Gesichtszerrungen  
des Herrn Wilkens, aber sie fügte sich in das Unvermeidliche,  
nahm den Stuhl an, der ihr von dem hocherzogenen Ernst ge-  
holt wurde, und setzte sich auf die andere Seite des Herdes,  
von wo aus sie ihn ruhig betrachtete.  
„Ich warte hier auf meinen Vater,“ bemerkte sie zur Er-  
klärung.  
„Aus Rücksicht auf die Furcht des Herrn Wilkens warte  
ich hier, bis er fortgegangen ist,“ meinte Thießen mit halbem  
Lächeln.  
Eine Pause entstand. „Ich hoffe, daß es nicht lange dau-  
ern wird,“ sagte das junge Mädchen.  
„O, danke sehr,“ erwiderte Thießen mit gewolltem Miß-  
verstehen, „aber ich habe es nicht eilig.“  
Er blickte mit Bewunderung auf sie. Die kühle Luft  
hatte ihre Farben erhöht, und die Helle ihrer Augen beschämte  
die einjame Kerze, welche die Schaustellung blankgeputzten  
Geschirrs auf dem Bord beleuchtete.  
„Ich hoffe, Sie haben sich bei Ihrem Besuch in Berlin gut  
amüsiert,“ sagte er.  
Bevor sie antwortete, schenkte ihm Fräulein Schumann  
einen Blick, der Ueberraschung darüber ausdrücken sollte, daß  
er über ihren Adjutant-Bescheid wisse.  
„Sehr gut, danke,“ meinte sie schüchtern.  
Herr Thießen, der sie noch immer mit großem Vergnügen  
betrachtete, schaute einen unheimlichen Wunsch, ihr zu sagen, wie  
sehr sie in Weibchen vermählt worden wäre — wenigstens von  
einer Person. Das hübsche gesunde Menschenverstand, wel-  
ches den Schrecken, als sie plötzlich erblühte, überstanden hatte,  
bewahrte ihn indeßen vor dieser selbstmörderischen Torheit,  
aber er gab ihr den Bescheid auf indirekte Weise.  
„Ein so langer Adjutant,“ marmelte er, „drei Monate  
und drei Tage — nein, drei Monate und zwei Tage.“  
Eine Viertelstunde irrte über das Gesicht des jungen Mäd-  
chens über diesen lächerlichen Angriff. Sie war an Beadung ge-  
wöhnt und nahm Komplimente als etwas ihr Gehörtes  
für, aber die ausgeprochene Fähigkeit von diesem verblühte  
sie. Mit niedergelegenen Augen sah sie da und blühte auf  
den Herd, wobei sie ernst nachdachte von der Seite beobachtete,  
was zu sagen, ob er einen neuen Sturmangriff vorbereite. Er  
hatte sich äußerlich von dem Ernst Thießen der alten Zeit ver-  
ändert. Sie hatte eine schwarze Idee, daß sein Geschick sich  
geändert habe.  
„Wilkens hält sein Haus in guter Ordnung,“ bemerkte  
Thießen, sich umsehend.  
„Ja,“ sagte das junge Mädchen.  
„Warum er wohl nie geplatzt haben mag,“ fuhr Thie-  
sen fort, „ich meistens kann nicht verstehen, wie

gung, Auslösung soll sich also auch auf die nur für das Gebiet  
eines Staates gebildeten Gesellschaft solcher Art, also mit Aus-  
schluß religiöser, woffstätiger, wissenschaftlicher u. a. Vereine,  
wie auch der vom Staate oder Kommunalverbänden geschaf-  
fenen Körperschaften erstrecken.  
3. Anstatt des jetzt bestehenden Rechts der Vermitt-  
lung in Arbeitsstreitigkeiten, die sich über das  
Gebiet eines Staates hinaus erstrecken, soll der Bund das  
Recht erhalten, einzugreifen in „Angelegenheiten des Arbeits-  
verhältnisses und der Arbeitslosigkeit“, einschließlich: a) die  
Bedingungen für Arbeit und Beschäftigung in jedem Gewerbe  
oder Berufe; b) Rechte und Pflichten von Unternehmern und  
Arbeitern; c) Streiks und Aussperrungen; d) Beilegung von  
Arbeitsstreitigkeiten.  
4. Ausdehnung des Vermittlungsrechtes auf Arbeits-  
streitigkeiten bei Staatsbahnen. Diese Befugnis des  
Schiedsgerichtshofs war schon im Schiedsgerichtsgesetz von  
1904 ausgesprochen, dann aber vom Höchstgericht für ver-  
fassungswidrig erklärt worden. Dem soll die Verfassungs-  
änderung abhelfen.  
5. Regelung von Trusts, Vereinigungen oder Monop-  
olen in bezug auf Erzeugung, Verarbeitung oder Beschaf-  
fung von Waren oder Beschaffung von Diensten.  
6. Nationalisierung der Monopole: „Wenn  
beide Häuser des Parlaments in derselben Session mit Mehr-  
heit sämtlicher Mitglieder die Erzeugung, Verarbeitung oder  
Beschaffung bestimmter Leistungen als Gegenstand eines Mo-  
nopols erklären, soll das Parlament die Macht haben, Ge-  
setze zur Erwerbung dieser Unternehmungen durch den Bund  
oder nach dessen Vorchrift zu erlassen und die Enteignung  
alles damit in Verbindung benutzten Eigentums unter gerech-  
ten Bedingungen anzuordnen.“ — Ausgenommen sind auch  
hier wieder die Einzelstaatsbetriebe.  
Die Entscheidung über diese Vorlage wird Zeugnis geben,  
wieweit die sozialpolitischen und staatssozialistischen Ideen in  
den letzten zwei Jahren im australischen Volke neuen Boden  
gewonnen haben. Eine gleichartige Vorlage ist nämlich in  
der Volksabstimmung vom 26. April 1911 mit der gewaltigen  
Mehrheit von 687 000 gegen 443 000 Stimmen (61 gegen 39  
Prozent) bei einer Beteiligung von nur 48 Prozent der  
Stimmberechtigten abgelehnt worden. Damals hatten  
die Kapitalgesellschaften alle Hebel in Bewegung gesetzt und  
mit einem Aufwand von über 2 Millionen Mark das noch un-  
genügend aufgeklärte Volk zur Preisgabe seiner eigenen In-  
teressen gebracht, wobei auch die Angst vor einer Uebermacht  
der Bundesgewalt eine Rolle spielte.

### Aus dem Gerichtssaal.

Er wolle ins Zuchthaus! Der Arbeitsjoldat  
Paul Verfürth von den 13er Husaren wurde wiederholt  
wegen Diebstahls, Unterschlagung, Ungehorsam, Entfernung  
von der Truppe bestraft. In Stralsburg soll er am 30. De-  
zember, kurz bevor er nach Mainz zur Arbeiterabteilung kam,  
dem dreimaligen Befehl eines Sergeanten, von seinem Platte  
aufzustehen, nicht nachgegeben sein, ferner schrieb er  
Gefängnis aus einem Brief an seinen Vater nach Elb-  
worin er über das Militärleben schimpfte und dar-  
seinen Geisteszustand kennzeichnende Anmerkung trippel:  
„Nieder mit den Fürsten und dem Reich, Hoch lebe die Sozial-  
demokratie mit Bebel und seinen Kandidaten, unsere Fahne  
bleibt rot.“ Der Angeklagte gab alles zu, er habe auch ge-  
wußt, daß der Brief nach dem Reglement gelesen würde, er  
wolle aber ins Zuchthaus und er werde es auch  
soweit bringen. Der Angeklagte wurde vom Kriegsgericht  
in Mainz wegen Beharrens im Ungehorsam und Achtungsver-  
letzung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

### Aus Nah und Fern.

Eigenartiger Selbstmordversuch im Gefängnis. Dem  
„Berliner Tageblatt“ zufolge unternahm im Strafgefängnis  
Blöthen der 24jährige Anst Schmit einen Selbstmord-  
versuch, indem er, als er mit Näharbeiten beschäftigt  
wurde, mehrere Nadeln verschluckte; er brach bewußtlos zu-  
sammen. Da sich sein Zustand verschlimmerte, wurde er in  
die Charite übergeführt.  
Selbstmord eines Musiketers. In den Anlagen am  
Güterbahnhof in Magdeburg wurde gestern vormittag der  
Musiketer Müller vom 26. Infanterieregiment erhängt auf-  
gefunden. Müller hatte wegen Verfehlungen eine Strafe zu  
erwarten und aus Furcht vor derselben Selbstmord be-  
gangen.  
Ein Großfeuer im Bezirk Kauda in Tokio äscherte hun-  
derte von Häusern ein.

ein Mann sein ganzes Leben lang ledig bleiben kann. Können  
Sie es?“  
„Ich denke nie an solche Sachen,“ erwiderte Fräulein  
Schumann kühl und unwahr.  
„Und wenn es nur wäre, um jemanden zu haben um  
Aufzuwarten und das Haus rein zu halten,“ schloß Thießen  
boshaft.  
Fräulein Schumann wurde unruhig, die ihrem Geschlecht  
zugefügte Unbill reizte sie.  
„Sie haben ja sehr erhabene Ideen über diesen Gegen-  
stand,“ sagte sie zornig, „aber ich glaube, Sie sind nicht un-  
gewöhnlich.“  
„Ich denke, Sie haben nie über solche Dinge nachgedacht,“  
erinnerte er sie.  
„Und Sie haben denselben zweifellos einen großen Teil  
Ihrer Zeit gewidmet.“  
Thießen gab das freimütig zu. „Aber erst seitdem ich nach  
Weibchen zurückgekehrt bin,“ bemerkte er.  
„Ich denke mir, daß Sie Peters trübselige Verfassung  
darauf gebracht hat,“ verlesete Fräulein Schumann.  
„Kein, das war es nicht,“ entgegnete er.  
Nerventisch darüber, daß sie sich in eine solche Unterhal-  
tung hatte hineinziehen lassen, verfiel Fräulein Schumann in  
Schweigen. Es war sicherer und viel mehr ihrer Würde ent-  
sprechend — zu gleicher Zeit aber wartete sie nur auf eine  
Gelegenheit, diesem eingebildeten jungen Herrn eine Lektion  
zu erteilen. So weit war er seinen eigenen Weg gegangen,  
einen Weg, der mit Zweideutigkeiten überfüt war, welche ein  
begehrendes Mädchen sehr gegen ihren Willen ignorieren  
mußte.  
„Wahrscheinlich wird Wilkens eine Enttäuschung erlebt  
haben,“ sagte Thießen mit der Miene eines Menschen, der  
willens ist, nachzugeben.  
„Ich glaube, er hatte deren etwa fünfzig,“ erwiderte das  
junge Mädchen unbedachterweise.  
Thießen schüttelte in großer Mißbilligung seinen Kopf.  
„Kein Mann sollte mehr als eine haben,“ sprach er fest,  
„und ein Mann von etwas Willenskraft gar keine.“  
„Willenskraft?“ wiederholte das erstaunte Fräulein  
Schumann.  
Ihre Augen trafen sich, die ihren funkelten vor Ent-  
rüstung, seine waren voll kübler Berechnung. Wenn er vor-  
her, daß er den richtigen Weg eingeschlagen hatte, um ihre  
Aufmerksamkeit zu fesseln; sie zitterte beinahe vor Auf-  
regung.

(Fortsetzung folgt.)



**Ingliskfall oder Verbrechen?** Laut amtlicher Meldung ist in der Nacht des 19. Februar auf der Strecke Künigundenweiche bis Schoppinzig der Schlepper Schiron durch Abfahren getötet worden, indem ihm der Kopf vom Rumpfe getrennt wurde. Ob Unfall oder Selbstmord vorliegt, muß die Untersuchung ergeben. Nach späteren unbestätigten Meldungen soll es sich um ein Verbrechen handeln. Man nimmt an, daß die Leiche auf die Schienen gelegt worden war. Zwei Personen sind unter Verdacht verhaftet worden.

**Kirchenbrand in Petersburg.** Die Dreifaltigkeits-Kathedrale, die älteste von Peter dem Großen erbaute Kirche Petersburgs, ist gestern durch eine Feuerbrunst vollständig zerstört worden.

**Ein Nachspiel zu einem Blumentage.** Der „Krieger- und Landwehrverband“ zu Barmen veranstaltete im vorigen Sommer mit großem Tamtam einen sogenannten Blumentag. Der Ertrag der Veranstaltung sollte nach einer Bekanntmachung der Arrangure „in seinem vollen Betrage an die bedürftigsten Veteranen verteilt werden.“ Es ist auch tatsächlich an die Veteranen eine Summe verteilt worden. Später jedoch stellte sich heraus, daß der Krieger- und Landwehrverband von dem Ertrage etwa 1000 Mark zurückbehalten und damit seinen mageren Kassen aufgeholfen habe. Dieser Tage beschäftigte sich mit der Angelegenheit in Barmen eine öffentliche Veteranenversammlung. Das Vorgehen des Krieger- und Landwehrverbandes wurde scharf kritisiert. Die Erziehung in der Versammlung steigerte sich noch, als ein Redner darauf hinwies, daß 500 Mk., die aus einem Sühneverfahren dem Verbande zustoßen und ebenfalls für bedürftige Veteranen bestimmt gewesen seien, nicht diesen, sondern der sogenannten Kronprinz-Wilhelm-Stiftung überwiesen worden seien. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, in der die Praktiken des genannten Verbandes verurteilt wurden. Ebenfalls wurden in der Resolution bestimmte Veteranen beauftragt, Beschwerde zu erheben. — Als sich selnerzeit die sozialdemokratische Presse gegen den Anflug der Blumentage wandte, klang's freilich anders! Daß andere Blumentage ähnliche duftende Blüten zur Entfaltung gebracht haben, ist ja bekannt.

**Unternehmerproffit.** Zu den ständigen Klienten des Gewerbeerichts gehören die Inhaber der meisten Eilboten-institute, die unruhlich dadurch bekannt sind, daß sie erhebliche Löhne zahlen und unberechtigte Abzüge machen. Wie Intratio das Gewerbe dieser Art Unternehmer ist, wird

wieder einmal durch ein Inserat beleuchtet, das wir dem „Berliner Tageblatt“ (Nr. 77 vom 12. Februar 1913) entnehmen:

Um mich anderweit. betteil. zu können, verkaufe ich mein, in mittelb. Großstadt geleg., äußerst rent. Eilboten-Institut

Die ständig gestieg. Einnahmen betragen im letzten Jahre über 42 000 Mark und verblieb mir ein Reingewinn von 10 115,89 Mark. Zur Uebernahme sind 35 000 Mark erforderlich. Offerten unter Nr. . . . Hypothek- und Treuhänder-Gesellschaft Leipzig, Neumarkt 30-32.

Zehntausend Mark Verdienst bei 42 000 Mark Einnahme! Wieviele rote, grüne, gelbe Radler haben dafür hungern müssen?

**Ausflüge während des belgischen Generalfreits.** Es hat sich bei dem Generalfreit, den unsere belgischen Genossen 1902 führten, als besonders löblich erwiesen, daß für die an ununterbrochene Beschäftigung gewöhnten Arbeiter nicht genügend in Bezug auf Unterhaltung und Beschäftigung gesorgt war. Täglich sammelten sich große Scharen vor dem Maison du Peuple an, was der Polizei dann regelmäßig Anlaß zum Einschreiten gab und so Zusammenstößen führte. — Genosse Bertrand macht nun den Vorschlag, während des am 14. April 1913 beginnenden Generalfreits regelmäßig Ausflüge für die Streikenden zu organisieren. Die Arbeiter sollen mit Flugblättern versehen werden und diese Flugblätter auf das flache Land tragen. Wenn von jeder Stadt aus in dieser Weise gearbeitet wird, dürfte das ganze Land von den Streikenden unablässig besucht und mit Flugblättern versehen werden; bei dieser Gelegenheit ließe sich nicht nur erfolgreiche Aufklärungsarbeit unter der bäuerlichen Bevölkerung leisten, es ließen sich auch neue Verbindungen in Menge anknüpfen. Genosse Bertrand rechnet damit, daß die Streikenden auf dem Lande auch zum Teil bewittet werden und daß auf diese Weise die Unterhaltung der zahlreichen Streikenden erleichtert wird. So führten die gedachten Ausflüge zu einem dreifachen Resultat: 1. würden Ansammlungen der beschäftigungslosen Arbeiter in den Städten nach Möglichkeit vermieden; 2. würden die demokratischen Ideen in nie erreichten Umfang auf das flache Land getragen und 3. macht die materielle Unterstützung durch die Landbewohner die Streikenden wesentlich widerstandsfähiger.

**Sprechsaal.**  
(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

**Ein „liebenswürdiger“ Meister.**  
In der Blechballagenfabrik von Fr. Ewers u. Co waltet gegenwärtig ein Lagermeister in recht liebenswürdiger Weise seines Amtes. Diese „Liebenswürdigkeit“ des Herrn erstreckt sich hauptsächlich auf die dort tätigen weiblichen Personen, denen gegenüber er mehrfach unanständige und beleidigende Redensarten geführt hat. Leider scheinen die Frauen bei der Direktion nicht immer den nötigen Schutz zu finden. Einer Frau, die sich beim Direktor über den Meister beschwerte, wurde gesagt, sie solle doch versuchen, nochmal mit ihm zusammen zu arbeiten. Als sie das ablehnte, wurde ihr gesagt, wenn ihr das nicht passe, dann könne sie gehen. Ein solches Vorgehen kann unter keinen Umständen gebilligt werden. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß der Meister ein anderes Benehmen einschlägt und daß auch die Direktion sich schutzsuchender Frauen annimmt. E. V.

**Literarisches.**  
Eingegangene Schriften und Bücher.  
„Neue Zeit“, Heft 21.  
„Wahre Jacob“, Nr. 5.  
„Gleichheit“, Nr. 11.

**Heiteres.**  
Rücksvoll. Theaterbesucher: „Warum wird denn heut' in dem Stüd nicht geschossen? Es geschieht doch sonst immer!“ — Direktor: „Die Frau Bürgermeister schläft gerade so schön!“  
Feinhörig. Braut: „Griß, ich kenne dich kaum mehr. Wenn du früher zu mir kamst, hat die Treppe jörnlich gejauchzt; jezt knarrt sie kaum mehr!“  
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

Für die mir zuteil gewordene Unterstützung vom Staatsarbeiter-Verband sage besten Dank.  
F. Vorbeck.

Donnerstag abend 8 Uhr entschlief sanft und ruhig nach langem, schmerem Leiden in seinem 50. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter, treuherziger Vater und lieber Schwager  
**Wilh. Schoppenhauer.**  
In tiefer Trauer  
**Maria Schoppenhauer**  
geb. Stück, und Kinder.

Lübeck, (1271)  
Kampeldorfer Allee 68, 1. Et.  
Beerdigung Montag 1 1/2 Uhr. Beginn der Trauerfeier 1 1/4 Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofs.

Gesucht  
**Mangelwäsche-Plätterin.**  
Bra. mit. D E an die Exp. (1250)

Gesucht zum 1. April oder Mai (1241) ein kräftiges Mädchen welches Eltern die Schule verläßt.  
R. Utesch, 1. Ochsenkoppel 16.

billig zu verkaufen. (1256)  
**Kompl. Betten**  
Lager: Fackenb. Allee 56, 1.

Freitag u. Sonnabend  
Kerfel zu verkaufen.  
Gasthof „Zur Linde“, Schlutup. 1258

50 schöne Damen-Masken - Kost. billig zu vermieten. (1019)  
Weite Straße 24. part. Flügel.

20 elegante Herren-Masken - Muzige billig zu vermieten. (1223)  
Weithoffstraße 37. pt.

**1 Damen-Masken-Auzug.**  
Schwarzwälderin zu vermieten. (1277)  
Schwartauer Allee 121/7.

Verloren ein Portemonnaie mit Inhalt von der Gült. bis Lühomstr. Abzugeben gegen Belohnung Lühomstraße 6a. (1267)

Empfehle diese Woche  
**sämtliche Fleisch- und Wurstwaren**  
in bester Qualität.  
ff. Aufschnitt ff.

**Oskar Keil,**  
Schwartauer Allee 65.  
(1277) Fernsprecher 1447.

**Kopffleisch** (1262)  
**Leberwurst**  
**Brotwurst**  
**Knackwurst**  
**Heinr. Viereck,** Süßgraben 66.

**Achtung!**  
**Einwohner Schlutups.**  
Deffentliche  
**Protestversammlung**  
am Sonnabend, dem 22. Februar 1913  
abends 8 1/2 Uhr  
im Gasthof „Zur Post“, Besitzer Herr H. Vetter.  
Tagesordnung:

1. Will man den Konsumverein durch Steuern erdroffeln?  
Referent: Herr Arbeitersekretär F. Mehrlein.
2. Freie Aussprache.

**Konsumanten Schlutups!** Durch die vom Senat bei der Lübecker Bürgerschaft beantragte Warenhaussteuer ist auch die in Schlutup bestehende und sich der allgemeinen Anerkennung der Schlutuper Konsumanten erfreuende Warenabgabestelle mit bedroht. Es gilt, gegen diese beantragte Steuer durch zahlreichen Besuch zu protestieren. Das Erscheinen der Einwohnerschaft Schlutups, Männer und Frauen, ist dringend notwendig.

(1222) Der Vorstand  
des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend.

Bartobst, gemischt . . . Pfd. 40	Meiereibutter . . . Pfd. 140
Blaumen Pfd. 30, 40 u. 48	Weißes Schmalz . . . 70
Ringäpfel . . . Pfd. 40 u. 44	Kofosnubutter . . . 60
Birne . . . . . Pfd. 44	Rauchschmalz . . . 115
Apfelosen . . . . . 60	8 Eier . . . . . 60
Beinellen . . . . . 70	Gr. Salzgurken, 2 Stück 15
Saure Kirichen . . . . . 60	Magd. Sauerkohl, 2 Pfd. 15
Bläueren . . . . . 75	Zwiebeln . . . . . Pfd. 5
Feigen . . . . . 25	Holländer Käse . . . Pfd. 75
Sagebutten . . . . . 66	Schweizerkäse . . . Pfd. 88
Rosinen ohne Steine . . . 48	Tilsiter Käse Pfd. 40, 60, 80
Korinthen . . . . . 38	Hollsteiner Käse . . . Pfd. 33
Birnen u. Schalen . . . 30	Gem. Wamclade 5 . . . 140
Birnen v. Schalen . . . 40	Preißelb. 10 Pfd. 330, 5 Pfd. 180

**Eduard Speck,**  
Süßgraben 80 und 82. (1276)

**Pa. Schweinefleisch, Bratenstücke pro Pfd. 85 Pfg.**

Pa. ger. Schweinebacken Pfd. 90	Pa. dicke Hionen . . . Pfd. 85
u. Rauchstücke . . . 1.00	Gausm.-Leberw. Fleischst. 1.00
geräuch. Nacken . . . 1.10	getoichte Rettwurst . . Pfd. 90
Karbonade-Nacken . . . 1.00	frische Eisbeine . . . 70
Schmalz v. Abn. v. 4 Pfd. . 85	junges Rindfleisch . . . 80
Braten-schmalz . . . 50	Kalb-fleisch . . . Pfd. von 70 an

**Pa. geräuch. fetten u. mag. Speck** bet Abn. v. 4 Pfd. pr. Pfd. 90

**Karl Lahrtz,** vormals M. Lahrtz, Böttcherstr. 14-16.

**Visiten-Karten**  
empfehlst die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

**Für die Konfirmation**  
empfehle  
**Konfirmanden-Anzüge,**  
Hüte, Wäsche, Handschuhe, Krawatten,  
**Lehrlings-Ausrüstungen,**  
Kleiderstoffe, weiße Unterröcke, Taschentücher.  
**Konfirmanden-Stiefel**  
mit und ohne Lackkappen von 6.50 Mk. an.  
Ferner empfehle:  
Herren-Anzüge v. 16.— bis 44.— Mk.  
Jünglings- und Knaben-Anzüge in großer Auswahl.  
Spazierstöcke, Schirme.  
Lager aller Sorten Schuhwaren, Herren-, Damen- u. Kinder-Stiefel in schwarz und braun.  
Nur solide Fabrikate. (1268)  
Verkauf noch zu alten billigen Preisen.  
**J. Ramm, Schlutup.**

(61) **Hans Köppen**  
Goldschmied und Graveur  
**Lübeck**  
4 Sandstraße 4.

**Kieler Volltett-Bücklinge**  
**Kieler Sprotten** Räte 30, 45, 90  
tadellos frische Ware, empfiehlt  
**P. Tretow,** (1267)  
Schlumacherstraße 27.  
Empfehle: (1280)

Kalb-fleisch . . . Pfd. 60 Pfg.  
Kalbsbraten . . . „ 70 „  
**Osw. Heine,**  
Kronsfordter Allee 37a.

Empfehle sämtliche  
**Fleisch- und Wurstwaren**  
in bekannter Güte.  
**Ernst Zachow**  
1278) Georgstr. 37.

Empfehle zum Sonntag:  
Prima Suppenfleisch Pfd. 85  
„ Schweinefleisch Pfd. 90  
„ Karbonade Pfd. 100  
„ Gulasch Pfd. 100  
„ Gehacktes Pfd. 90  
„ Schmalz Pfd. 90  
„ Leberwurst Pfd. 90  
„ Gefochte Pfd. 90  
Jeden Dienstag und Freitag  
**frische Leber und Gehirn.**  
**Ludwig Helm,**  
1248) Lindenstraße 36.

Habe diese Woche selten schöne  
**Pferde**  
geschlachtet, wovon ich prima Bratenstücke, sowie hochfein geräucherte Wurst bestens empfehle. (1258)

**Herm. Dose**  
Hofschlächterei  
Hundestraße, Markthalle 1.

Billig! **Käse** Billig!  
Schöner Schweizer . . . Pfd. 85  
Fette Tilsiter . . . 75  
Weißlak.-Limburger . . 70  
Kleinvrk. Fleischhauerstr. 48.

Von den beliebten  
**Gesellschafts- und Unterhaltungsspielen**  
sind wieder neue Sachen eingetroffen; ebenso  
**Baukasten, Plastilinakasten**  
zum Formen von Figuren u. a. m.  
Allen Lesern des „Lübecker Volksboten“ sehr zu empfehlen.  
**Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.



## Wegen Schluß der Saison

verkaufte am Sonnabend  
in der Markthalle Stand 34  
la. ger. Rollbrütle pro Rfd. 1.80  
la. Gänsefleisch pro Rfd. 1.20  
**Wilh. Schwarz**  
Gänse-Spezialhandlung. 1263

**Betten, Bettfedern**  
u. a. **Betten-Artikel**  
haben Sie billig und recht bei  
Markt **Otto Alberts** Kohlmarkt 10.  
Bettfedern v. 12.50 Mk. an,  
Bettdecken v. 4.50 Mk. b. 4 Mk.  
mit Rote Lubeca-Marken.

**Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.**  
Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Email, Vernick, bill. u. gut.  
(63) Carl Heynert, Lübeck, Meißel, Allee 6a. Fernspr. 352.

**Die Arbeitsgarderoben**  
von **Bahr & Umlandt**  
Straße 31 —  
in preisw. u. haltbar.  
Anzügen . . . 1.10 bis 3.50  
Blousons . . . 2.50 bis 5.50  
Mäntel . . . 2.90 bis 7.50  
Gen. Cordhosen 4.00 bis 9.50  
Schloßanzüge 2.80 bis 5.00  
Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.  
Trotz der billigen Preise rote Lebeca-Marken.

## Achtung! Gewerkschaftsvorstände!

Die Gewerkschaften u. Vereine, die im Jahre 1913/14 ihre Vergnügungen im Gewerkschaftshaus abzuhalten gedenken, werden freundlichst ersucht, dies beim Oekonom, Genossen Kluth, bis zum 15. März schriftlich einzureichen. 1275  
Die Gewerkschaftshauskommission.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.**  
Zahlstelle Fabrik.  
Straße Rosenfeld-Schwarz.

**Mitglieder-Versammlung**  
am Sonnabend, 22. Februar  
abends 8 Uhr  
bei Pinkert (Sasthof Transvaal).

Agenda:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Bericht des Kollegen Nodden über die gestrige Versammlung: „Reiseberichte“.  
3. Beschlüsse.  
4. Verschiedenes.  
Der nächste Zusammenkunft wegen ist das Gedächtnis aller Mitglieder notwendig.  
1274 Die Distriktsleitung.

**Schweinegilde der Vorstadt St. Lorenz-Hof und Gemeinde Harwert.**

Einladung zum **BALL**  
verbunden mit Kappenfest  
am Sonnabend, 22. Februar  
im Lokale „Einsegl.“  
Straße 5 1/2. Ende morgens 12 Uhr.  
Das Komitee.

Die beliebtesten Marken der Margarine-Industrie

# Lorbeerkrone

hervorragendste, unübertroffene, buttergleiche Sahnen-Margarine.

**Siegerin** Allerfeinste Saffrah-Margarine, im Geschmack der Molkereibutter am nächsten.

**Palmato** Pflanzenbutter-Margarine von größter Butterähnlichkeit und feinstem Aufgeschmack.

Überall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

## Konfirmanden-Anzüge

9.50 12.50 18.00 22.50 25.00 27.00 bis 39.00

## Konfirmanden-Jacketts

6.50 9.75 10.50 12.50 14.50 16.00 bis 22.00

## Konfirmanden-Kleider

12.50 17.00 19.75 21.00 24.00 bis 27.00

blau und farbig

## Kostüme

18.50 23.00 27.00 bis 36.00

## Lehrlings-Ausrüstungen

für sämtliche Gewerbe.

# Bahr & Umlandt

Breite Straße 29—31. 1273

Spezialität seit über 30 Jahren **Kuheuter**, per Pfund 65<sup>g</sup> unübertroffen im Geschmack Karl Lahertz, Böttcherstr. 14/16 vorm. M. Lahertz. (1265)

# Brautleute erhalten

## auf Teilzahlung

in bequemen Raten, deren Höhe jeder Käufer selbst bestimmen kann,

# Möbel

sowie kompl. Einrichtungen

## Siegfried Ittmann, Breite Str. 33, 1. Etage

## Zur Konfirmation

empfehle:

### Konfirmanden-Anzüge, blau u. schwarz

8.95 10.95 14.50 16.95 17.50 19.75 23.— 24.50 bis 34.— Mk.

### Konfirmanden-Mäntel

2.95 3.95 5.95 6.95 8.50 10.50 bis 20.— Mk.

### Konfirmanden-Stiefel

von 4.95 bis 11.95 Mk. vorrätig.

### Schwarze u. farbige Kleiderstoffe für Konfirmanden-Kleider

Metz 85<sup>g</sup> 90<sup>g</sup> 1.18 1.35 1.78 1.95 2.45 Mk.

Konfirmanden-Hüte, Handschuhe, Krawatten und Wäsche,  
Schürzen, Leibwäsche u. Unterröcke f. Konfirmanden, Servierkleider usw. in großer Auswahl.

Rote Rabattmarken.

## Markt 6, Kohlmarkt 6. Johannes Holst.

**Achtung Radfahrer!**  
Ein Posten Prima- und Gebirgsreifen zum halben Preis per Stk. 4.— Mk. Neue Fahrräder mit Freilauf u. Rücktritt v. 68.— Mk. an. Neue Damenräder mit Freilauf und Rücktritt von 75.— Mk. an. 116  
Walter Schmidt, Rohannisstr. 9

Einladung zum **Maskenball**  
der **Zadenburg. Liedertafel**  
am Sonntag, 23. Februar  
im Lokale des Herrn F. L. Pactau **Fackenburg.**  
Eintritt für Masken 50 Pfg. Zuzähler 1 Mk., eine Dame frei. Einzelne Dame 50 Pfg.  
Anfang 6 Uhr. Ende morgens. Maskenzug 8 Uhr. Demaskierung 10 1/2 Uhr. Prinz Karneval hoch zu Rob. Freunde Biertrinken haben keinen Zutritt (1264) Der Vorstand

**Konzerthaus Zauberflöte.**  
Morgen u. Sonntag letzte diesjährige humoristische **Bockbierfeste**  
Jubel, Trubel, Humor und Stimmung.  
Jeder amüsiert sich.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag (1270) schon um 4 Uhr.  
Eintritt gänzlich frei.

**Kalnbergs Variété**  
Donnerstag und Freitag:  
**2 Familien-Abende à la Brady** 1248  
**27 mitwirkende Künstler.**  
**Orchester-Konzert.**  
Auf allen Plätzen 30 Pfg.

**Hansa-Theater**  
Täglich:  
**Rund um die Alster**  
mit Gebr. Wolf in den Hauptrollen.  
Anfang 8 1/4 Uhr Anfang  
Kabarett ab 11 Uhr: der urkomische **Bondi Lautenschläger** mit seinem Damenlor von Künstlerinnen. (1269)

**Neues Stadttheater.**  
Sonnabend, den 22. Februar 1913.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.  
133. V. d. V. 12. V. d. V. Sonnabend-Abend.  
Zum letzten Mal:  
**Der Evangelimann.**  
Musikalisches Schauspiel v. W. Kienl. Große Preise.  
Sonntag, den 23. Februar 1913.  
Anfang 8 Uhr. Ende nach 5 1/2 Uhr.  
Auser Abonnement. Kleine Preise.  
Singspiel von **Frl. Martha Weber** vom Stadttheater in Kiel.  
**La Traviata.**  
Oper von G. Verdi.  
Violetta . . . Martha Weber u. G. Abends 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.  
134. V. d. V. 12. V. d. V. Große Preise.  
**Fra Diavolo.**  
Oper von Aubert. (1268)  
In Vorber.: Frau Jutta's Kurant. Schauspiel von Otto Kunkel. Wegen dem, der sagt u. G. Ullrich.



## Die kommende Militärvorlage.

Vor einiger Zeit erschien im „Berliner Lokal-Anzeiger“ ein Artikel überschrieben: „Die Forderungen der Armee“, der großes Aufsehen erregte, einesteils deshalb, weil hier im Namen der Armee das Wort genommen wurde, andernteils deshalb, weil geradezu wahnwitzig erscheinende Forderungen gestellt worden sind. Was bisher über die kommende Militärvorlage in die Öffentlichkeit gedrungen ist, ließ aber erkennen, daß sich die in dem Artikel enthaltenen Forderungen so ziemlich mit dem decken werden, was vom Reichstag verlangt werden wird. Die Reden, die der Reichskanzler im Landwirtschaftsrat und der Kaiser in Königsberg gehalten haben, geben keinen Aufschluß über den Umfang der Militärvorlage; aber der in beiden Reden erfolgte Hinweis auf die zu bringenden großen Opfer läßt darauf schließen, daß in der Tat eine Vorlage geplant ist, wie sie seit dem Bestehen des Reichs noch nie dem Reichstag vorgelegt worden ist. Diese Mutmaßung findet eine weitere Stütze in einem von demselben Verfasser stammenden Artikel des „Berliner Lokal-Anzeigers“ über „Die Wehrmacht Deutschlands und Frankreichs“. Diese Überschrift trifft nicht den Inhalt des Artikels, denn es wird nur ganz davon gesprochen, daß Deutschland seine Armee immer weiter vergrößern müsse, um zu einer derart erdrückenden Übermacht zu gelangen, „daß dem gallischen Hahn sehr bald die Luft vergehen wird, sein Nützlich an uns kühlen zu wollen“. Und nun wird der nationalen Presse die Aufgabe gestellt; aufklärend zu wirken, damit, wenn die Regierung mit den neuen Vorlagen an den Reichstag herantritt, dort das nötige Verständnis vorhanden ist. Dieser Rede Sinn ist reichlich dunkel, denn im Reichstag sind die Meinungen derart abgeschlossen, daß von einer Einwirkung der Presse auf den Reichstag jedenfalls nichts erwartet werden kann. Der Reichstag ist auch gar nicht gemeint, vielmehr handelt es sich um die Präparierung der Massen der Bevölkerung, die durch Kriegsgeschrei und Schwarzmalerei in eine Stimmung versetzt werden sollen, die den Plänen der Regierung günstig erscheint. Die Regierung scheint hier mit der „Aufklärung“ einsehen zu wollen, die sie nach der Klage der Anhänger des schwarz-blauen Blocks in der Angelegenheit der Finanzreform unterlassen hat. In welcher Richtung diese „Aufklärung“ sich bewegen soll, läßt der erwähnte Artikel klar erkennen. Zunächst wird hervorgehoben, daß eine allgemeine Wehrpflicht einerseits und die Festlegung einer Friedenspräsenzstärke auf eine Reihe von Jahren andererseits zwei Dinge sind, die einander widersprechen. Wie sich das Volk vermehre, so müsse ganz automatisch auch eine Vermehrung der Armee eintreten. Der Zustand sei geradezu unhaltbar, daß um jedes Bataillon und um jede Rittmeisterstelle geredet und gefeilscht werden müsse. Frankreich ziehe heute 90 Proz. seiner Wehrfähigen tatsächlich ein, wir dagegen nur etwa 50 Proz. Diesem „Mißstand“ könne ein Ende gemacht werden durch die automatisch steigende Präsenzstärke der deutschen Armee. Die Vorschläge, die dann gemacht werden, gipfeln darin: zunächst einmal alle militärischen Einheiten um 10 bis 20 Proz. zu erhöhen und den Pferdebestand zu verstärken. Die noch verbleibenden 30 Proz. wehrfähiger Mannschaften müßten nach Art der früheren Ersatzreserve den Truppenübungsplätzen militärisch ausgebildet werden. Hierzu würde allerdings eine gewaltige Vermehrung der Offiziere und Unteroffiziere notwendig sein, und der Artikelschreiber empfiehlt auch, alle für den Kriegsfall benötigten Offiziere und Unteroffiziere bereits im Frieden aufzustellen.

Es ist kein Geheimnis, daß man in Offizierskreisen auf einen Krieg hindrängt. Man möchte zunächst einmal praktisch erproben, was man in Friedenszeiten gelernt hat und man erwartet von einem solchen Falle auch eine ganz bedeutende Steigerung des Avancements. Die Klagen über Überalterung des Offizierskorps werden fast jeden Tag neu erhoben und durch einen Krieg glaubt man diesem „Uebelstand“ abhelfen zu können. Da es aber immerhin ein gewagtes Unternehmen ist, einen Krieg vom Zaun zu brechen, so will man den Wünschen der Offiziere in der Weise entgegenkommen, daß man ihre Zahl ganz gewaltig vermehrt. Dies würde aber doch die Folge haben, daß in etwa 10 oder 12 Jahren genau die gleichen Klagen wieder auftreten würden. Die Vermehrung der Unteroffiziere stößt auf gewisse Widerstände. Schon jetzt fällt es schwer, den nötigen Unteroffiziersatz zu bekommen und es sind auch schon Vorschläge nach der Richtung hin gemacht worden, den Unteroffizieren eine bessere Zinverförmung zu bieten, um damit einen Anreiz zu schaffen, diese Laufbahn einzuschlagen. Um wieviel größer würden erst die Schwierigkeiten sein, wenn im Frieden schon die für den Krieg benötigte Unteroffizierszahl aufgestellt werden soll. Sicher ist, daß die neue Militärvorlage auch eine Umgestaltung des heutigen Systems mit sich bringen wird, und wer da weiß, was solche Umgestaltungen in kleinerem Rahmen schon kosten, dem werden all die schwindelhafte hohen Summen, die bisher genannt worden sind, als noch hinter der Wirklichkeit zurückbleibend erscheinen müssen. Es ist kein Zweifel möglich, die Regierung will diesmal einen Hauptschlag wagen, sie setzt alles auf eine Karte, sie sieht den Konflikt voraus und will den Kampf wagen. Deshalb der Wunsch nach Aufklärung des Volkes, die vermutlich nach den Manieren des Generals Keim, des Wahlmachers des Fürsten Bülow, erfolgen soll. Die Massen werden gut tun, auf der Hut zu sein, um der Schlammflut von Verleumdungen und Verdächtigungen, die sich wieder einmal aus offiziellen Quellen ergießen wird, den nötigen Damm entgegenzusetzen zu können.

## Aus der Partei.

Als Parteisekretärin für die Provinz Schlessien wurde die Genossin Frieda Wulff-Berlin gewählt. Sitz des Sekretariats soll Breslau sein.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Fraktion bestimmte zum Berichterstatter über die parlamentarische Tätigkeit an den Parteitag in Jena den Genossen Heinrich Schulz.

Prozesse. Die Breslauer erste Strafkammer beschäftigte sich am Dienstag wieder einmal mit unserem dortigen Parteiorgan. Das Ergebnis war, daß Genosse O l o n s k y wegen angeblicher Beleidigung eines oberchlesischen Polizisten zu 20 Mk. Geldstrafe und in zwei anderen Prozessen die Genossen O l o n s k y und F ö r t e r zu je 50 Mk. Geldstrafe wegen angeblicher Beleidigung eines Gemeindevorstehers verurteilt wurden.

## Soziales.

Ausdehnung des gesetzlichen Schutzes für die Mühlenarbeiter fordert eine Petition des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter, die am 19. ds. Mts. in der Petitionskommission des Reichstages zur Verhandlung gelangte. Der Ueberreicher der Petition, Abg. K ä p p l e r, hatte Gelegenheit, die Forderung ausgiebig zu begründen. Ganz unzureichend sind demnach die Bundesratsbestimmungen zu § 120e der G. O. in bezug auf Arbeitszeit sowie Nacht- und Sonntagsruhe. Die Arbeitszeit solle auf 12 Stunden täglich inkl. zweistündiger Ruhepausen festgelegt werden. Den jugendlichen Arbeitern müsse eine ununterbrochene Ruhezeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens gesichert und allgemein die Sonntagsruhe von Sonnabend 6 bis Montag früh 6 Uhr durchgeführt werden. — Die Regierung ließ erklären, daß sie eine Aenderung der fraglichen Bundesratsverordnungen demnächst in Angriff nehme. Konservative, Zentrum und Fortschrittler wandten sich gegen die Forderung der Sozialdemokraten, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen; da die Folge sein würde, daß die kleinen Wind- und Wassermüller dann schwer darunter zu leiden hätten. — Genosse B r e y wies darauf hin, daß diese Betriebe immer mehr zum Anschluß an die Ueberlandzentralen der Elektrizitätswerke übergehen und die ganz kleinen Müller als Arbeitgeber kaum noch in Frage kommen. — Die Kommission beschloß, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, sofern Groß- und Mittelbetriebe in Betracht kommen; zur Kenntnis soll er die Petition nehmen, soweit es sich um Mühlen handelt, deren Betriebskraft nicht vom Willen des Besitzers abhängig ist.

Die Föhrung von Lohnbüchern wird für die Kleider- und Wäscheindustrie auf Grund der §§ 114a, 114b der Gewerbeordnung in einer Bekanntmachung des Reichskanzlers, die im „Reichsanzeiger“ vom 20. Februar veröffentlicht wird, vorgeschrieben.

## Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Metallarbeiter! Die Metallwaren- und Armaturenfabrik G. m. b. H., vormals A. Körner (Inhaber Fa. Krüger, A. G. Köpenick) in Croßen a. d. Oder hat in letzter Zeit wiederholt durch Zeitungsinserate Arbeitskräfte gesucht. Hauptsächlich werden Dreher, Schlosser und Arbeiterinnen verlangt. Es wird vor Arbeitsaufnahme gewarnt. Die Löhne sind bei der Firma die denkbar niedrigsten. Schon seit vor Weihnachten muß ein Teil der Arbeiter aussetzen, viele wurden wegen Arbeitsmangels entlassen, andere arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit. Die Betriebsleitung versucht noch obendrein die Akkordpreise herabzudrücken. Für Arbeiten, die noch im vergangenen Herbst mit 30 Pfg. bezahlt wurden, soll es jetzt nur noch 14 Pfg. geben. Nicht genug damit, daß die Preise für viele Arbeiten herabgesetzt werden, gibt es jetzt wegen Arbeitsmangels nur keine Posten in Arbeit. Arbeiter, die bei der Firma 10, 15 und noch mehr Jahre gearbeitet haben, sind entweder entlassen oder haben wegen der unerträglich niedrigen Verdienste aufgehört. Trotz alledem sucht die Firma neue Arbeitskräfte. Wer sich vor Schaden bewahren will, der weide Croßen.

Differenzen auf den Schiffswerften in Fürstenberg a. O. und Magdors. Die Schiffszimmerer in Fürstenberg a. O. haben den am 1. März d. J. ablaufenden dreijährigen Lohnvertrag gekündigt und gleichzeitig einen neuen Tarifentwurf eingereicht. Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer verliefen ergebnislos, nachdem vom Vertreter der Unternehmer die Erklärung abgegeben war, daß die drei Unternehmer in Fürstenberg a. O. und auch der Schiffsbauereifer Kunzha in Magdors jede Lohnhöhung ablehnen. Die Schiffszimmerer beschäftigten sich am Sonntag, dem 16. d. M., in einer stark besuchten Versammlung mit der Antwort der Unternehmer. Sie beauftragten den Verbandsvorstand und die Lohnkommission mit weiteren Verhandlungen, verpflichteten aber zugleich die Mitglieder, das Arbeitsverhältnis zum 1. März rechtzeitig zu kündigen. Ein Ausstand erscheint unvermeidlich.

Zum Streit in der Binnenschifffahrt. Nachdem die Mannschaften am 15. Februar geschlossen die Fahrzeuge verlassen haben, ruht der Schifffahrtsverkehr fast völlig. Am härtesten wirkt der Streit auf der Elbe, Saale und Havel. Die Gesellschaften hatten die Schiffsführer aufgefordert, Streikarbeit zu leisten; in den meisten Fällen haben diese das Aninnen jedoch abgelehnt und sind ebenfalls ausständig geworden. Auf der Oder sollte die Schifffahrt am 15. aufgenommen werden, doch sind sämtliche Mannschaften zu Hause geblieben. Die Unternehmer versprechen den Mannschaften, die während des Streiks fahren, sogenannte Streikprämien; doch haben sie damit wenig Erfolg. Die Einigkeit der Mannschaften ist muntergültig. Auch in den Kreisen der Privatschiffer beginnt es zu gären. Sie sind über das Verhalten der Gesellschaften sehr ungeschaltet; täglich laufen Zuschriften aus Privatschiffertreffen ein, in welchen diese sich für die Nachtruhe aussprechen. Auch die Schiffer von der Elbe nehmen denselben Standpunkt ein. Daß die Forderungen der Organisationen durchführbar sind, beweist die Tatsache, daß bereits über 30 Firmen bewilligt haben. Neue Abschlüsse stehen unmittelbar bevor. Der Hilferuf der Unternehmer an die Behörden ist nicht ungehört verhallt. Die Umschlagplätze sind polizeilich abgesperrt. Streikposten werden fittiert. Die Mannschaften rufen zu einem langen Kampfe. Von den Arbeiterorganisationen sind besondere Einrichtungen zur Durchführung des Streiks getroffen. Es sind 12 Zentralkomitees errichtet, die Hauptleitung ist in Berlin. Die Streikunterstützung an die

in etwa 1000 Dörfern wohnenden Mannschaften wird an einem Tage in 10 Auszahlungsorten vorgenommen. Der Kampf mit den Mannschaften ist ein vorzüglicher, sodas die Organisationen den Verlauf der Bewegung in Ruhe abwarten können.

## Aus dem Gerichtssaal.

Den Glaubensbruder ins Gefängnis gebracht. Zwischen dem ultrakatholischen Blatte des Pfarrers Stieborowski und dem führenden Breslauer Zentrumsorgane „Schlesische Volkszeitung“ spielt sich ein immer gehässiger werdender Kampf um die ekthatholische Lehre ab, der ab und zu mit Liebenswürdigkeiten wie „Lügenhaftigkeit“, „hinterlistige unatholische Gehässigkeit“, „Brandstifter“, „verächtliches Blatt“ geführt wird. Im Gefolge dieses Streites unter Glaubensbrüder lief der Redakteur des Zentrumsblattes, T r i m b o r n, zum Radi und erreichte, daß der verantwortliche Redakteur des „Katholischen Deutschland“, der frühere Schneider Alois Lammel zu drei Wochen Gefängnis verurteilt wurde. — Eine ähnliche Klage des Zentrumsführers P o r s c h läuft zurzeit gegen einen der Oppensdorfer Sezessionsführer, P f a r z e r Nieborowski in Reichthal. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß demnächst die Zentrumsleute auch ihre Pfarrer ins Gefängnis beforgen.

Zum Tode verurteilt. Vom Schwurgericht in G l e t w i z wurde der Eisenbahnarbeiter Franz G o l o m b aus Bogutschütz zum Tode verurteilt. Er hatte am 25. November vorigen Jahres einen Waldauflieger der Domäne K u t t l i c h o w i z, namens Lucia, der ihn beim Wildern betreffen hatte, niedergeschossen. Auf einen Begleiter des Lucia hat er zweimal geschossen, beide Kugeln gingen aber fehl. Der Geschossene hinterläßt eine Witwe und fünf Kinder. Der Mörder ist 25 Jahre alt und kinderlos verheiratet.

Ein furchtbares Urteil. Das Pariser Polizeigericht hat den Schuhmacher und verantwortlichen Redakteur des Blattes L'Anarchie, Foucade, wegen eines die Geschworenen im Autobanditen-Prozess bedrohenden Artikels zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

## Aus Nah und Fern.

„Nationale“ Gemütsstiefe offenbart ein „Lafellied“, das auf einem landwirtschaftlichen Stiftungsfest in Neuh. a. L. abgeleiert wurde und folgende Strophen enthält:

Es braut ein Auf durch Neuzenland,  
Uns allen gar noch wohl bekannt,  
Der Ruf zur lieben Reichstagswahl,  
Weil Försters Nuttig wurde fahl.  
Er saulte ab mit Extrapost,  
Da an ihm fraß des Wahnsinns Kost,  
Weil er selbst nicht wußte, was er sprach,  
Bog er zurück sich in sein Schlafgemach.

Der roten Trauer war gar groß,  
Weil einer starb von ihrem Troß;  
Doch starke Hoffnung machten sie  
Der Sozialdemokratie.  
Doch ohne weiteres sprach man nicht:  
Herr Sozi, o leg bitte dich  
Wieder zum Ruder für das Neuzenland,  
Da du zu uns warst stets so sehr galant. (1)

Es gab ein Kampeln und Geschrei,  
Auch viele Autos fuhr'n herbei,  
Zu holen Wähler ins Lokal,  
Daß sie erfüll'n die Pflicht der Wahl.  
Doch leider siegte wieder Rot,  
Herr Goh'n, verhaßt uns bis zum Tod.  
Doch geh' auch ich ihm nur die gute Lehr',  
Daß bald Herrn Förster folg' in Kürze er.

Einen Toten, der sein Bestes für seine Mitmenschen gegeben, so zu begeiern, verrät eine Niedrigkeit der Gesinnung, die eben nur von „Nationalen“ erreicht werden kann.

Auch der satirisch bekannte konservative Führer von O l d e n b u r g in Januschauf ist wieder einmal in die Mistkühe gestiegen. Auf der Tagung des Bundes der Landwirte hat er nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ den Fall des Sozialistengesetzes bedauert und gesagt: „Ich kann es nicht verstehen, daß die bürgerliche Gesellschaft mit anseht, wie ein gewaltiger Teil unseres deutschen Volkes systematisch aufgehebt und verdorben wird. Aber wenn Sie heute so etwas äußern, dann gelten Sie ja als rückständig, das ist noch ein milder Ausdruck. Die einzigen, die mir in letzter Zeit imponieren haben, sind die Engländer gewesen; die haben die Courage gehabt, auf demjenigen Wege sich die Zuhälter vom Halle zu schaffen, auf dem es am leichtesten möglich ist. (Andauernder lebhafter Beifall.) Wenn Sie das bei uns versuchen sollten, dann bekommen Sie, wie sich ja bei dem Streikpostenstreichen herausgestellt hat, eine ganz verschwindende Amortität dazu im Reichstag, die diesem Gedankengange folgt. Das ist ein Produkt der Furcht vor der öffentlichen Meinung, und die Furcht ist noch niemals ein richtiger und guter Ratgeber gewesen. (Beifall.) Ich gebe also der Hoffnung Ausdruck, daß das preußische Wahlrecht so gelassen wird wie es ist.“ Dieser „Edle“ vergleicht also die deutschen Arbeiter mit Zuhältern und wünscht, daß für ihre politische und gewerkschaftliche Betätigung wie für die Zuhälter in England die Prügelstrafe eingeführt wird! — Eine feine Sorte Gegner, mit der wir es hier zu tun haben! Die hat freilich alle Ursache, über den verrohenden Ton innerhalb der Sozialdemokratie sich zu entrüsten.

Ein angenehmer „Kamerad“. Dem preussischen Landtagsabgeordneten und früheren Vorsitzenden des Bundes deutscher Militärärzte, Generalmajor v. K l o e d e n in Wiesbaden, wurde kürzlich vorgeworfen, daß auf seine Denunziation hin Vorstandsmitglieder des Militärärzterbundes gemahregelt wurden. Die „Berliner Beamten-Korrespondenz“ macht jetzt darüber folgende nähere Mitteilungen:

Herr v. K l o e d e n war früher Ehrenvorsitzender des Bundes. Im Juli v. J. sagte er in einem Artikel einem erheblichen Teil der Militärärzte in hypothetischer Form antimonarchische und sozialdemokratische Gesinnung nach. Als der Bundesvorstand für seine Behauptung Beweise verlangte, lehnte er das mit dem Bemerkung ab, es



wolle sich nicht eines Vertrauensbruches schuldig machen und habe seine Beweise verbrannt. Der Bundesvorstand beschloß darauf, daß der Herr General sich durch sein Verhalten außerhalb des Bundes gestellt habe, und alle Beziehungen zu ihm abzubrechen seien. Nach diesem Vorgang richtete Herr v. Kloden an die Behörden Anzeigen, in denen einer, an den Minister des Innern gerichteten, es heißt:

Nach § 16 des Reichsgesetzbuches darf kein Reichsbeamter ohne vorherige Genehmigung der obersten Reichsbehörden ein Nebenamt oder eine Nebenbeschäftigung, mit welchem eine fortlaufende Remuneration verbunden ist, übernehmen, analoge Bestimmungen sind für die Staats- und Kommunalbeamten getroffen. Gegen diese Bestimmung scheinen sämtliche Mitglieder des Vorstandes des Bundes deutscher Militärärzte zu verstoßen, indem sie mehr oder weniger seit Jahren im Vorstande dieses Bundes bezahlte Nebenämter bekleiden (deren Beträge allerdings vorzugsweise als Unkostenersatzung gebucht werden).

Mehrere Vorstandsmitglieder sind denn auch zu einer Erklärung aufgefordert worden; der zweite Bundesvorsitzende hat, wie wir bereits gemeldet haben, sein Amt niederlegen müssen, ein Vorstandmitglied ist verstorben worden; anderen hat man die Fortführung ihrer Ämter erlaubt. Die „Beamten-Korrespondenz“ teilt aber dazu als Besonderheit mit, daß Herr v. Kloden mehrere Jahre hindurch als Ehrenvorsitzender selbst eine „Unkostenersatzung“ von 1200 Mark jährlich bezogen habe, und daß ihm verschiedene Agitationsreisen „sehr angemessen bezahlt“ worden seien.

Der „Kamerad“ Kloden ist derselbe strebsame Herr, der sich als „Evangelist“ dem Zentrum als Kandidat zur Verfügung stellte und nachdem er da abgefallen, zum Bund der Landwirte abgewandert. Er vertritt im Abgeordnetenhaus den Wahlkreis Goarshausen-Rheingau-Meisenheim.

Ein Radikalmittel, das Glend anzurichten. Die Mainzer „Volkszeitung“ gibt unter Vorbehalt folgende ihr von vertrauenswürdiger Seite zugegangene Mitteilung aus Lambertheim wieder: Dieser Tage wurde vor dem hiesigen Amtsgericht ein Bild des Glendes aufgestellt, wie es

zur Veranschaulichung unserer göttlichen Weltordnung und unserer „mutterhaften“ sozialen Fürsorge nicht krasser gedacht werden kann. Der 55jährige Tagelöhner Anthes war von seiner Vermieterin auf Räumung seiner Wohnung verklagt, weil er den Mietzins nicht bezahlte. In der Verhandlung entwickelte sich das folgende Gespräch zwischen dem Richter und dem Beklagten:

Richter: „Herr Anthes, Sie sollen die Wohnung räumen.“

Anthes: „Herr Richter, ich würde die Wohnung schon verlassen haben, aber ich bekomme keine Wohnung, denn ich bin blind und kann nicht verdienen.“

Richter: „Da müssen Sie sich halt an die Bürgermeisterei wenden und die muß Ihnen für Wohnung sorgen.“

Anthes: „Herr Richter, ich war auf der Bürgermeisterei.“

Richter: „Nun, was hat denn der Herr Bürgermeister gesagt?“

Anthes: „Der Herr Bürgermeister gab mir 10 Pf. und sagte: So, jetzt gehst du fort, kauf dir einen Strick und hängst dich auf!“

Richter: „Das hat der Herr Bürgermeister gesagt?“

Anthes: „Jawohl, Herr Richter!“

Sollte der Bürgermeister die von Anthes dem Richter mitgeteilte Äußerung getan haben, so würde das einen bedauerlichen Mangel an Gefühl — um nicht einen schärferen Ausdruck zu wählen — bedeuten. Vielleicht äußert er sich recht bald zu dieser Angelegenheit.

Die Schröder-Stranz-Expedition. Einem Mitarbeiter der Zeitung „Mittelposten“ erklärte Geh. Regierungsrat Dr. Niehe, daß nur geringe Aussicht vorhanden sei, den Leiter der deutschen Spitzbergen-Expedition und seine drei Begleiter zu retten. Dagegen würden wahrscheinlich die drei Norweger gerettet werden können, die an Bord des Expeditionschiffes „Herzog Ernst“ in der Treuren-Bucht geblieben seien. Diese drei Norweger seien die einzigen, die gerettet haben, was sie taten, als sie an Bord des Schiffes verblieben. Öffentlich werde es auch gelingen, die vier Deutschen und zwei Norweger, die vom Kapitän Ritscher auf der Landseite der Wüdebuch zurückgelassen worden sind, rechtzeitig zu erreichen und zu retten. Zweifelhaft da-

gegen sei die Möglichkeit, den beiden anderen deutschen Zellnehmern, die sich von der Gruppe des Kapitäns Ritscher getrennt und den Weg südwärts an der Ostseite der Wüdebuch gewählt haben, Rettung zu bringen. Einer weiteren Meldung aus Spitzbergen zufolge wurden dem Kapitän Ritscher in der Wüdebuch alle Zehen des rechten und mehrere Zehen des linken Fußes amputiert. — Auf Spitzbergen herrscht ein derartiges Unwetter, daß die Abfertigung einer neuen Expedition unmöglich ist.

Suffragetten als Brandstifterinnen. Die Suffragetten scherten den Leepavillon in New Gardens ein. Man entdeckte das Feuer um 1/4 Uhr; die Feuerwehr bemühte sich zwei Stunden lang, das Brandes Herr zu werden, doch der Pavillon brannte bis zur Erde nieder. Der Schaden wird auf 20000 Mk. geschätzt. Die Polizei ließ den Park sofort umzingeln und verhaftete zwei Frauen, die entflohen wollten und bei denen man Suffragetten-Plakate und Feuerungsmaterial fand. Sie wurden dem Polizeigericht in Richmond vorgeführt, wo sie ihre Namen als Lilian Leaton, 22 Jahre alt, und Joyce Locke, 23 Jahre alt, angaben. Ihre Adressen verweigerten sie. Nach formeller Anklage-Erhebung wegen Brandstiftung wurden sie in Untersuchungshaft genommen unter Ablehnung der Freilassung gegen Bürgschaft. Joyce Locke protestierte heftig hiergegen und warf dem Vorsitzenden mehrere Bücher an den Kopf. Konstabler mußten sie gewaltsam in ihre Zelle abführen.

Hundert Fischer in Gefahr. Wie das „Memeler Dampfboot“ aus Riddn erfährt, wurden Donnerstag nachmittags circa 100 Fischer mit ihren Gezeugen, Schlitzen und Pferden, die auf das Eis des Kurischen Haffs zum Fischen gegangen waren, vom starken Westwind auf einer Eisscholle nach der lithauischen Seite des Haffs drei Kilometer weit abgetrieben. Nach einer um 7 Uhr eingetroffenen Meldung ist es gelungen, sämtliche Fischer mit 16 Pferden und allen Gezeugen zu retten. Der Fischermeister war mit einem Boot an die Scholle herangefahren und es wurde durch eine Eisscholle eine Verbindung mit dem festen Eise hergestellt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Gustav Jäde, Lübeck** Holstenstraße 1  
Fornsp. 761  
Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung.  
Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen.  
Leinen- und Baumwollwaren, Bettedern und Daunend, Teppiche.  
Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Buxkin, Schlaf-  
u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche.  
Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpf,  
Handschuhe, Schlipse etc.  
**Aussteuer-Artikel.**

**Praktischer Wegweiser**  
Erscheint einmal wöchentlich • Geschäfte • Zur Beachtung empfohlen

**Kenner bevorzugen**  
**das gute Lübecker**  
**Bürgerbräu**  
Aktienbierbrauerei Lübeck

**Alumina-Geschirr**  
Billigste Bezugsquelle  
für Öfen, Herde, Gaskocher,  
Gradesisen  
**Adolf Borgfeldt**  
Fornstr. 62 Nebenstr. 23-43

**Brot-Fabrik**  
Lübecker Central-Brotfabrik  
Rich. Spangenberg  
Lindenstr. 22-23. Fornstr. 44  
„Juwelbrot“  
weißbrotartige Kräfte u. 50 Bistrot  
Backwaren jeglicher Art.

**Kaufhaus Siegfried Kilmann**  
Breite Str. 33, 1. Etage  
Einzel-Möbel Herren-, Damen- u. Mannfaktur-Waren  
sowie kompl. Kinder-Konfektion Wäsche, Teppiche,  
Webung, Einrichtg. Arbeiter-Garderob. Kinderwagen etc.  
**Auf Teilzahlung**  
in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten

**Möbelmagazin**  
**Herm. Rist** Hunde-  
Str. 13.  
billigste Bezugsquelle  
Eig. Tischler- u. Tapezierwerkst.

**Eutin**  
**Deutsches Haus**  
Kiekerstr. 7  
hält sich Vereinen u. Touristen  
bestens empfohlen.  
**Paul Schröder.**

**Arbeiter-Artik. Manufakturw.**  
**Otto Albers**  
Markt 4 Kohlmarkt 10  
Viel Leinwand Bezugsquelle für  
Manufakturwaren und  
Garderoben aller Art

**Pflanzen-Butter**  
Delikates-Eigelb-  
Pflanzenbutter  
Edel Margarine  
„Heimchen“  
das Pfund 80 Pfg.  
**Otto H. C. Voigt**  
Johannisstraße 22

**Garten-Sämereien**  
**Friedrich Michael**  
Breitestraße 49

**Lederwaren u. Reiseartikel**  
**J. H. Russon**  
Sattler, Sandstr. 8  
Portemonnaies  
Lederwaren  
Brieftaschen  
Ränzel  
Schultaschen  
Rucksäcke  
Reit- und Fahr-Artikel

**Musikinstrum.**  
**Meyer & Eggert**  
Königsstraße 115.

**Ludw. Grandt**  
Tischlerei und Möbelmagazin  
**Schuhwarenhaus R. Berndt**  
beste Bezugsquelle in Arbeiter-  
schuhen sow auch bess. Schuhwar

**Arbeiter- und Berufskleidg.**  
**J. H. Pein**  
am Markt  
Herren- und Knaben-  
Garderobe,  
Berufskleidg.,  
Hüte und Sätzen.

**Cigarrenhdlg.**  
**Elisabeth Sühr**  
Enterstraße 29.  
Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.  
H. Möller 42

**Herrenartikel**  
**Heinrich Waller** Breite  
Str. 69.  
Spez.-Geschäft in Handschuhen  
u. Krawatten, Herren-Wäsche.  
**Ernst Wehde**  
Beckergrube 33  
Hüte, Mützen.

**Wilh. Kreuzfeldt**  
Leiderhandlung, sämtl. Schuhmacherartikel  
Fischergrube 23  
**E. Teuteberg** Enterstraße 60. Schla-  
fmaske, Schlafsack, Schlafsackartikel

**Öfen und Herde**  
**F. STEEN**  
Wohnstraße 58  
Irdenes Gebrauchsgeräth

**Mölln**  
**Otto Greve**  
Gastwirtschaft und Destillatop.

**Bäckereien**  
**P. Johannsen** Bäckerei  
Fischermarkt 11

**Eisenwaren u. Werkzeuge**  
**G. Kagel & Co.**  
Sohnstr. 18 Tel. 307

**Kolonialwaren u. Kaffeeröst.**  
**Fritz Kruse**  
Inhaber: Paul W. Pötger  
Schüsselboden 32  
**Kaffee**  
in sämtlichen Preislagen.

**Mineralwasser u. Spirituosen**  
**J. C. Wessel**  
Gr. Gröpelgrube 21-23 Tel. 750.

**Photographien**  
**Samson & Co.**  
Breitestraße 29.  
Erstes Atelier mit  
- billigen Preisen -  
Amateur Bedarfsartikel.

**Wilh. Lübcke**  
Restaurant Lübecker Hof  
Klub- und Balllokal. Regelmäßig.  
**Rud. Hübener,** Uhren u.  
Goldwar.  
**Ludw. Kuhn,** Herr- u. Damenh.  
Mützen, Polswar.  
**Chr. Voss & Sohn,** Schuhwaren u.  
Repar.-Wkst.

**Brauereien**  
Trinkt  
**Adler-Biere**

**Fleisch- und Wurstwaren**  
**Ch. Hamann**  
Schlachtereil  
Markt 7 Kohlmarkt 4  
Telephon 8928

**Kinotheater**  
**Metropol-Theater**  
Nur Breitestr., beim Rathaus  
Täglich wachsendes Vor-  
stellung von 4-11 Uhr.  
Jeden Samstag u. Mittwoch  
neues Programm.  
Sonntag nach v. 2-4 Uhr Vorstellung.

**Verlangen Sie**  
**Buntekuli-Kümmel**  
Dr. Hinkel Spezialfabr. marokkanischer  
Getränke. Tel. 1070.

**Tapeten**  
**Fritz Rehm**  
Beckergrube 20.

**Schlutup**  
**Otto Liebenow**  
Uhren, Goldwaren, Musikwerke  
- Eigene Reparaturwerkstätte -

**h. Lück**  
Brauerei zur  
Walkmühle

**Herm. Miljes**  
Schüsselboden Nr. 30  
**Herm. Spangenberg**  
Fabrikation Fein- u. Wurstwaren  
Schwarzenberg-Allee 23

**Lichtspiele**  
**Neues Lichtspiel-Theater**  
Breitestr. 13 neben Hansa-Café  
Größtes am besten verändertes  
u. der Neuzeit entsprechendes  
Lichtspiel-Etablissement.

**Meierei**  
**HANSA-MEIEREI**  
Lübeck's Amme  
Milch- u. Milchprodukte  
in anerkannt bester Qualität

**Treibriemen u. Sattlerwaren**  
**H. Köpcke & Eggert's**  
Lager v. Fabr- u. Reitgeschirr  
Reise- Utensilien, Schulmapp.  
Taschen, Portemonnaies etc.  
Hühstraße 29.

**W. Richter**  
Uhren u. Goldwaren  
nebst eigener Reparaturwerkstätte  
**Gas, Holz, Post** H. Vetter  
Empfehlungsw. Lokal  
**Hugo Krogmann** Photographisches  
Atelier  
**Ad. Saborowski** Verkehrslokal  
d. Gewerkschaft

Trinkt  
**Lübecker Vereins-Bräu**  
Trinkt  
**Kieler Schloßbräu**  
Verbreitet  
in Lübeck und Umgebung:  
**Fr. Kropf, Brauerei Uthman**  
Gartenstraße 17.

**Gesundheits-Brot**  
Verkost  
**Simonsbrot**  
Vollkornbrot u. reinen Roggen  
Kornmehl und Leinwand  
- Erntlich empfohlen -  
Erlaubt in 30 Niederlagen.

**Theater**  
Besucht das  
**Variété International**  
Enterstraße 43

**Thüringer Wurstfabrik**  
Ihre Fabrikate empfiehlt  
angelegentlichst die  
**Thüringer Wurst- und Fleisch-  
Konserve-Fabrik**  
**August Scheere, Lübeck**  
Beim Rottfeld 14  
Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

**Schwartau**  
**Herm. G. Schmidt**  
Markt 19  
Uhren, Goldwaren u. Reparaturen.

**Lübeck-Bier**  
L. H. Schwartz

**Glas, Porzellan**  
**ARNOLD BERG**  
Breitestraße 35.

**Uhren- und Goldwaren**  
**L. Behnfeldt, Uhrm.**  
Uhren-Rep.-Werkstatt.  
Faltenstraße 4.

**Adler-Drogerie** in Hans Grunp  
Farben, Lacke, Kräftigungsmittel.  
**Alb. Glöck** Schlachtereil  
ff. Fleisch- u. Wurstwar  
**A. Klünder** Schuhwarenhaus  
Markt 17.

**A. Matern**  
Uhrmacher.  
Beckergrube 26 Schweizer Uhren.

**Rob. Pinkert** Verkehrslokal der  
freien Gewerkschaft.  
**L. Schaap** Manufakturwaren  
Arbeitergarderobe.